

Franziska Schürch

Immer Krieg, nie Krieg. Der Rhythmus des Jahrhunderts

Es war an einem warmen Sonntagvormittag im Juni 1914. In Basel machten sich bereits viele Menschen auf den Weg in die Sommerfrische, als in Sarajevo die Weltgeschichte eine dramatische Wendung nahm. Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaars löste innerhalb weniger Wochen den Ersten Weltkrieg aus. Basel grenzte nun an Kriegsgebiet, statt Touristen und Touristinnen durchquerten Soldaten und Flüchtlinge die Stadt. Auch die anschliessende Friedenszeit trägt den Krieg in ihrem Namen. In dieser Nach-, Zwischen- und Vorkriegszeit prägte das Aufflammen des Nationalsozialismus in der unmittelbaren Nachbarschaft das Leben in Basel. Bald reihte sich an den «ersten» ein «zweiter» Weltkrieg, und noch einmal verband ihre geografische Lage die Geschehnisse der Stadt auf besondere Weise mit dem Weltgeschehen und dem kriegerischen Rhythmus des Jahrhunderts. Kaum währte man diesen Krieg hinter sich, brach ein Kalter Krieg den Ost-West-Konflikt ein und drängte verschiedene kolonisierte Länder in weiterhin heisse Kriege. Immer herrschte Krieg, aber nie in Basel: Die Stadt lernte, mit dem Schlimmsten zu rechnen, das für sie doch nie eintraf. Angst und Erleichterung wechselten sich ab und mischten sich ineinander.

Für den Frieden! Das Pulverfass Europa und ein Kongress in Basel

«Die europäische Sozialdemokratie verabscheut den Krieg, der am Horizonte Europas droht, aber sie fürchtet ihn nicht.»¹ Mit einer wortgewaltigen Rede begrüßte der sozialdemokratische Regierungspräsident Hermann Blocher am Sonntagnachmittag, dem 24. November 1912, die Spitze der europäischen Sozialdemokratie im Münster, dem religiösen Herzen Basels. Über 500 Delegierte aus 23 Ländern versammelten sich an dem zweitägigen Kongress, um gegen einen drohenden Krieg Stellung zu beziehen und den Friedenswillen der internationalen Arbeiterschaft zu demonstrieren.² Im Sommer 1912 hatte der Erste Balkankrieg die fragile Bündnispolitik zwischen den europäischen Grossmächten aus dem Gleichgewicht gebracht und eine aggressiv nationalistische, kriegstreiberische Stimmung befördert. In linken Kreisen formierte sich daraufhin eine internationale Antikriegsbewegung, deren Mitglieder einen Friedenskongress forderten. Die Sozialdemokratische Partei Basel (SP) bewarb sich um die Durchführung und erhielt den Zuschlag.

Dass für den öffentlichen Festakt das Münster gewonnen werden konnte, beeindruckte sowohl die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch die internationale Presse. Das Zusammengehen von Kirche und Sozialismus, wie es sich am Friedenskongress erstmals manifestierte, stand in Verbindung mit dem Wirken des Theologen Leonhard Ragaz, der zentralen Figur der internationalen Bewegung des religiösen Sozialismus. Während seiner Zeit als Münsterpfarrer hatte Ragaz diesem in der kirchlich-protestantischen Bevölkerung Basels zur Verbreitung verholfen. In den roten Fahnen, die während des Kongresses am Eingang des gotischen Chors hingen, an Glockengeläut und Orgelspiel im Verbund mit den kämpferischen Reden der führenden Sozialisten, erkannte der Kongressteilnehmer Ragaz einen Hoffnungsschimmer für eine alles entscheidende Zeitenwende. In einem Artikel beschrieb er diesen Moment als Ausdruck einer neuen Ökumene: «Inmitten einer Welt, die bereit ist, sich in Nationalhass zu zerfleischen, sind sie [die Sozialisten] ein Reich von solchen, die sich als eine brüderliche Gemeinschaft wissen, ein neues Reich. [...] Aber Wunderbareres noch war zu sehen: unmittelbar unter der Münsterkanzel sassen [...] Bebel, Adler, Jaurès, Hervé – der Sozialist, der Israelite, der «Atheist», der Anarchist.» Dies seien die Zeichen einer neuen Gesellschaft und einer neuen Kirche «wo wir uns alle wieder finden werden, alle die jetzt Getrennten, Feindlichen [...]»³



1 Ankunft des Demonstrationzugs anlässlich des Friedenskongresses. Foto: Bernhard Wolf, 1912. —

Am Nachmittag des 24. November 1912 fand in der Basler Innenstadt ein Friedensmarsch statt. Rund 20 000 Männer, Frauen und Kinder zogen von der Kaserne auf den Münsterplatz. Da im Münster nur begrenzt Platz war, gab es für alle, die nicht hineinpassten, ein Programm mit Reden im Freien.

Am Montag, dem 25. November, billigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses an ihrer Plenarsitzung in der Burgvogtei einstimmig das am Vorabend ausgehandelte Friedensmanifest. In aller Deutlichkeit forderten sie die Grossmächte auf, ihre «Gegensätze» zu überwinden und so «die grösste Gefahr für den Weltfrieden [zu] beseitigen». Ihren Friedenswillen sollten die «Proletarier und Sozialisten aller Länder» mit «allen Mitteln» kundtun.⁴ Am Abend desselben Tages, nach Abschluss des offiziellen Kongresses, organisierte der «Schweizer Arbeiterinnenverein» eine Frauenversammlung. Die Stimmung an dem gut besuchten Anlass war geprägt von den düsteren Prognosen der Hauptrednerin Clara Zetkin. In einer eindringlichen Rede antizipierte sie das Grauen eines technisierten Kriegs und appellierte an die Frauen alles zu tun, um den «Massenmord der Seelen, der eine unausbleibliche Folge des Krieges ist» zu verhindern.⁵

Das Ende des Balkankriegs löste in Europa ein militärisches Wettrüsten aus. Auch in Basel hatten die Behörden 1912 mit der Planung eines neuen Zeughauses begonnen und das Geschäft im Eiltempo durchs Parlament geschleust.⁶ Der funktionale Bau mit Eisenbahnanschluss am Stadtrand war nötig geworden, um mehr Platz für grössere Truppen und mehr Material zu schaffen. Grundlage dafür war die erste nationale Truppenordnung (TO 11), mit der die Schweizer Armee modernisiert und die Truppenstärke von 240 000 (1910) auf über 300 000 Mann (1914) erhöht wurde.⁷

Nur wenige Monate nach dem Friedenskongress fanden im Frühjahr 1913 die «Flugtage beider Basel» statt.⁸ Mit Flugshows, Zeitungsartikeln und öffentlichen Veranstaltungen sammelte die Schweizerische Offiziersgesellschaft Spenden für eine eigene schweizerische Luftwaffe. In Basel war der Anlass ein grosser Erfolg. Sogar in den sozialdemokratisch geprägten Kleinbasler Arbeiterquartieren verliefen die Haus-zu-Haus-Sammlungen überraschend gut. Auf politischer Ebene lehnten die Sozialdemokraten neue Rüstungskredite kategorisch ab, solange das Militär auch gegen Streikende eingesetzt wurde. In Basel passierte dies regelmässig, so zum Beispiel wenige Wochen nach der Spendensammlung, im Mai 1913, als die Basler Regierung gegen die rund 12 000 Streikenden des Färberstreiks militärische Unterstützung beim Bund anforderte.⁹ Doch angesichts der gefühlten Bedrohung waren sogar Arbeiterinnen und Arbeiter bereit, in die Aufrüstung der Armee zu investieren.

Der Ausbruch eines europäischen Kriegs schien jederzeit möglich, aber erst die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz-Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische Nationalisten zündete den Funken am Pulverfass Europa. Alle Friedensbemühungen fanden ein jähes Ende. Österreich-



2 Der «Style bulgare» im Musterbuch der Firma W. Sarasin & Co., 1912. — «Es musste auffallen, wie sehr diese Geschmacksrichtung, veranlasst durch den Krieg am Balkan, sich die Mode erobert hatte.» Die breite Sympathie mit dem Balkanbund bildete sich, wie der Jahresbericht der Handelskammer von 1913 festhält, auch in

der Basler Seidenbandindustrie ab. Der «Style bulgare» zeichnete sich durch «grelle Farbeffekte in zumeist schwerfälligen Dessins» aus. Als Bordüren auf Hüten und Kleidern wurden die Bänder mit ihren «grossen, fast grotesken Dessins» in «gewagtesten Farbkontrasten» appliziert (Jahresbericht Handelskammer 1913).

Ungarn erklärte Serbien den Krieg und löste damit eine Kaskade weiterer Kriegserklärungen aus. Am 1. August rückten auch rund 220 000 Schweizer in den Aktivdienst ein. Am selben Tag erteilte die Vereinigte Bundesversammlung dem Bundesrat fast unbeschränkte Vollmachten und bestimmte in einer konfliktgeladenen Wahl den deutschfreundlichen Ulrich Wille zum militärischen Oberbefehlshaber.

Der Erste Weltkrieg: Geschlossene Grenzen, soziale Not

Basel war zu Beginn des Ersten Weltkriegs aufgrund seiner geopolitischen Lage besonders gefährdet. Das seit 1870 zu Deutschland gehörende Elsass war für die Erzfeinde Deutschland und Frankreich von strategischem Interesse, und so fanden dort bereits in den ersten Kriegstagen Kämpfe statt. Die Sympathien für die beiden Kriegsparteien spalteten die Bevölkerung. Bei der Volkszählung von 1910 waren über dreissig Prozent der Basler Wohnbevölkerung deutsche Staatsangehörige, lediglich drei Prozent waren Französinen und Franzosen.¹⁰ Die Verbundenheit mit der deutschen Kultur und die Bewunderung des preussischen Militarismus waren dementsprechend weit verbreitet. Aber auch die Verbindungen nach Frankreich waren eng, nicht zuletzt in der Basler Oberschicht, die familiäre, aber auch wirtschaftliche Beziehungen mit beiden Ländern pflegte. Die verschieden gelagerten Sympathien trennten Familien bis ins Ehebett. Der bei Kriegsausbruch siebenjährige Alfred Rasser, später für seine Paraderolle des ‹HD Lämppli› bekannt, erinnerte sich Jahre später, dass während des Kriegs auf dem Nachttisch seiner badischen Mutter ein Bild von General Hindenburg, auf demjenigen des Vaters, ein Elsässer aus Geispitzen, eines von General Joffre stand: «Ich hab nicht recht verstanden, was die Eltern hitzig diskutierten, aber ich hab immer gewusst, wenn der Joffre nicht entstaubt war, dann hatten die Franzosen eine Schlacht gewonnen.»¹¹

In der übrigen Schweiz verliefen die Sympathien entlang der Sprachgrenze.¹² Der Bundesrat rief deshalb im Oktober 1914 die Schweizerinnen und Schweizer auf, sich mit öffentlichen Sympathiebezeugungen für einzelne Nationen zurückzuhalten und betonte die Pflicht zur Neutralität gegenüber allen kriegsführenden Staaten sowie die Notwendigkeit zu «kraftvoller Geschlossenheit und unerschütterlicher Einheit»¹³. Daran entzündete sich eine heftige Debatte: Etliche Intellektuelle und Politiker äusserten sich, darunter auch Schriftsteller wie der spätere Baselbieter Nobelpreisträger Carl Spitteler, der im Dezember 1914 in seiner emotionalen Rede ‹Unser Schweizer Standpunkt› die Neutralität als Grundlage für die nationale Einheit der Schweiz betonte.¹⁴

Grenzsperre und Mobilmachung: Eine Stadt in Aufruhr

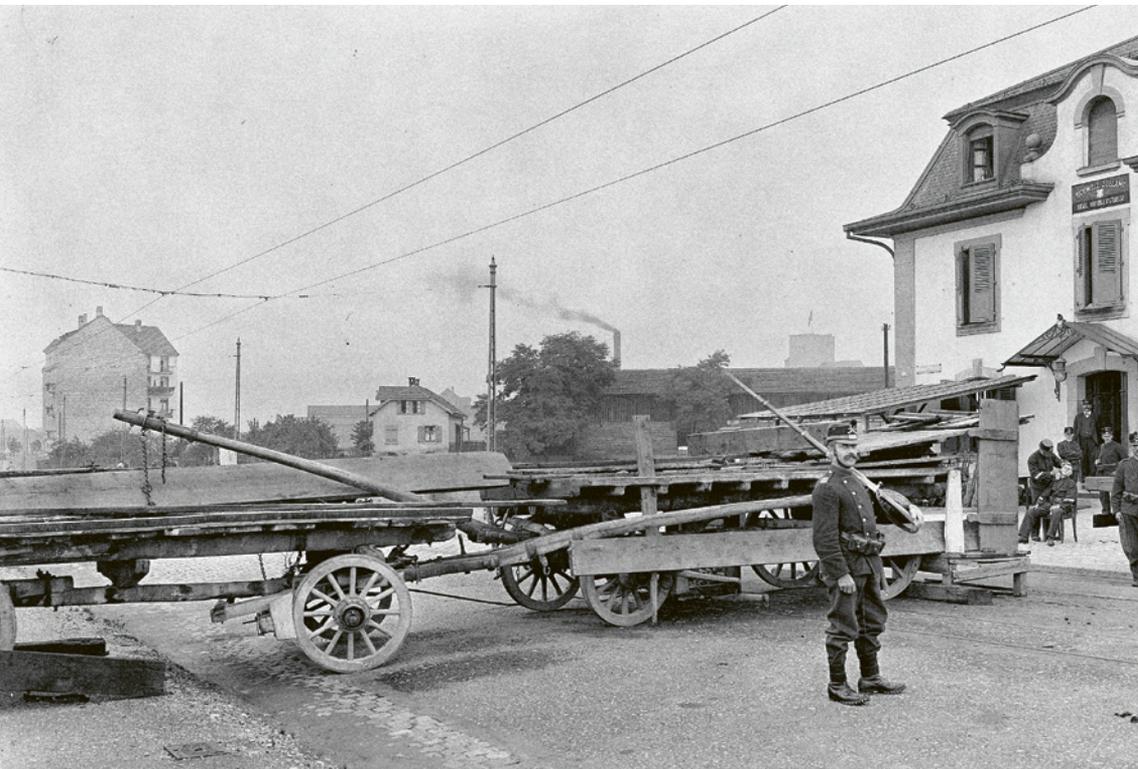
Niemand war überrascht vom Kriegsausbruch und doch fühlte man sich überrumpelt.¹⁵ Noch wenige Tage zuvor konnte man in der Basler ‹National-Zeitung› lesen,

3 Mobilmachungsplakat der Basler Regierung vom Juli 1914. — In Kriegs- und Krisenzeiten ist die Kommunikation von Informationen entscheidend. Während des Ersten Weltkriegs steckte das Radio noch in den Kinderschuhen, und so informierte die Regierung mittels Plakatanschlägen, Flugblättern und Zeitungsinserten. Dieses Plakat zur Pikettstellung der Armee diente zur Vorbereitung der tags darauf ausgerufenen Generalmobilmachung. Der Bundesrat benachrichtigte die Kantone am 1. August 1914 per Telegramm über die Mobilmachung, diese kommunizierten die Nachricht mittels vorbereiteten Mobilmachungsplakaten an die breite Bevölkerung.



es sei schlicht gegen alle Vernunft, «[d]ass der furchtbare Weltbrand wegen eines Konfliktes an der hinteren Donau über die Menschheit hereinbrechen sollte».¹⁶ Entsprechend herrschte in den ersten Augusttagen Chaos; wilde Gerüchte kursierten, die Zeitungen konnten kaum verlässliche Informationen liefern, und in jedem Ortsfremden glaubte man einen Spion zu erkennen.

Aufgrund der internationalen Krise wurden bereits am 31. Juli die Landesgrenze geschlossen und der internationale Bahn- und Schiffsverkehr eingestellt. Nach einer ersten hektischen Grenzsperrung durch die Polizei übernahm am 1. August das Militär den Grenzschutz. In einer zunächst improvisierten Aktion wurde die Grenze von Allschwil bis Burg mit Bohnenstangen und roten Stoffetzen markiert und die Grenzübergänge verbarrikadiert.¹⁷ Für die Angehörigen der Soldaten waren es düstere Tage, wie die 33-jährige Elisabeth Schmid-Fehr, Ehefrau eines Anwalts und Mutter zweier Kinder, in ihrem Tagebuch notierte: «Peter muss Montag 1 ½ Uhr einrücken. Es sind die Tage der Weibertränen, man fühlt es förmlich in der Luft; der strahlende Sonnenschein steht in grösstem Kontrast zu all' der Trauer, die sich über die Welt senkt mit schweren Flügeln.»¹⁸



4 **Barrikade beim Zoll Hünigerstrasse bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Foto: Alfred Ditisheim, 1914.** — In den Wochen nach der Grenzschliessung entstanden an zehn Grenzübergängen Passierstellen mit Barrieren, militärischer Bewachung und Passkontrollhäuschen. Auch die Tramverbindung nach Hünigen und St. Ludwig wurden bei Kriegs-

ausbruch eingestellt. Bei genauer Betrachtung sind auf dem Bild des Grenzpostens an der Hünigerstrasse, stadteinwärts fotografiert, die Tramschienen zu sehen. Der Grenzübergang ist seit 2009 geschlossen und ins Novartis-Areal integriert (Schenk, in: Basler Zeitung, 05.01.2009).

Der Kriegsausbruch löste hektische Mobilität aus, die Bahnhöfe und Grenzübergänge in Basel wurden überrannt von Touristen, stellungspflichtigen Deutschen, Franzosen sowie italienischen Arbeitskräften, die in ihre Heimatländer zurückkehren mussten.¹⁹ In der Stadt begannen die Truppen derweil mit der Verminung der strategisch wichtigen Rheinbrücken. Da die deutsche Armee in den ersten Kriegstagen über Belgien nach Frankreich vorrückte, erwartete man einen französischen Entlastungsangriff über die Schweiz. Die Armeeführung konzentrierte deshalb die Truppen an der Nordwestgrenze und traf Vorbereitungen zur sofortigen Sprengung der Rheinbrücken, um, falls nötig, den Vormarsch der französischen Armee zu erschweren.



5 Kampf zwischen französischen und deutschen Soldaten. Zeichnung: Peter Thurnysen, 1918. — Auch für die Kinder war der Krieg ein dominierendes Thema, wie der Bandfabrikant Emil Seiler-La Roche 1919 in seinen Erinnerungen notierte: «In der ganzen Stadt waren die Kinder eifrig bemüht Soldäterlis zu spielen, auch die grösseren Knaben machten mit und

liessen sich neue feldgraue Uniformen machen und zogen unter Trommelklang durch die Strassen [...]» (StABS, PA 743 A 11.1, Zum Kriegsausbruch anno 1914 und weiter, 1919). Die Zeichnung des fünfjährigen Peter Thurnysen aus dem Jahr 1918 zeigt zwei Franzosen im Kampf gegen zwei deutsche Soldaten mit Pickelhaube.

Wenige Tage nach Kriegsausbruch hörte man in Basel den ersten Kanonendonner, als am 8. August im elsässischen Rixheim deutsche und französische Truppen aufeinandertrafen. Der Kriegslärm beunruhigte und machte zugleich neugierig: Zeitgenössischen Berichten zufolge zogen die Basler und Baslerinnen auf die Hügel rund um die Stadt, um einen Blick auf die Kämpfe zu erhaschen und «auch aus der Schweiz reisten Wunderfitzige nach Basel und pilgerten auf die Höhen. Sie haben alle nichts gesehen ausser Fesselballons».²⁰ Ende August 1914 beruhigte sich die Situation im Elsass wieder. Bereits im Herbst erstarbte das Kriegsgeschehen an der Westfront in einem Stellungskrieg: Entlang eines rund 700 Kilometer langen Frontverlaufs von «Kilometer Null» an der schweizerischen Grenze bei Bonfol bis zur Nordsee lagen die feindlichen Stellungen manchmal keine 50 Meter voneinander entfernt. Ein grosser Teil der Schweizer Soldaten wurde entlassen, in Basel blieb das Militär jedoch präsent. Im Winter 1915/16 wurden noch einmal Befürchtungen laut, Frankreich könnte die erstarbte Front gegen Deutschland mit einem

Umgehungsangriff über Schweizer Territorium aufbrechen, doch wiederum verlagerte sich die Kampfzone in den Norden, nach Verdun. Erst im Frühjahr 1917 wurde aufgrund von Berichten über die Bedrohung der Schweizer Nordgrenze eine erneute nationale Mobilmachung veranlasst.²¹

In Windeseile verbreitete sich der Krieg über Europa hinaus in die Kolonien und löste damit auch bei der Basler Mission grosse Unruhe aus. Die Kommunikationswege mit den rund 400 Missionarinnen und Missionaren waren unterbrochen. Besonders schlimm war dies für deren schulpflichtige Kinder, die sie im Missionskinderhaus am Nonnenweg zurückgelassen hatten. In den deutschen Kolonien war die Situation ausserordentlich kritisch, so auch in Kamerun. Im November erhielten die Verantwortlichen in Basel erste Berichte über die Einnahme der kamerunischen Hafenstadt Duala durch englische und französische Truppen und die Internierung der Missionare mit deutscher Staatsangehörigkeit in englischen Lagern. Die Kinder im Kinderhaus warteten danach noch Monate auf Nachrichten von ihren Eltern.²² In den Augen der Briten und der Franzosen war die Basler Mission eine schweizerisch-deutsche Missionsgesellschaft. Bereits 1915 musste sie deshalb ihre Tätigkeit in fünf Missionsgebieten aufgeben, 1918 erklärte die britische Regierung sie gar zur feindlichen Organisation.²³

Überhaupt erhielten nationale Zugehörigkeiten und Grenzen durch den Kriegsausbruch eine neue Bedeutung. Hatte man dank Niederlassungsverträgen mit Deutschland und Frankreich bisher ohne grosse bürokratische Hürden in die Schweiz ziehen und hier arbeiten können, mussten nun Deutsche und Franzosen, die teilweise seit Geburt in Basel gelebt hatten, als Soldaten in ihre Heimatländer zurückkehren. Wer sich weigerte, galt in der Schweiz als Refrektär, verlor die Niederlassungsbewilligung und wurde unter «Zwangstoleranz» gestellt.²⁴ Dies bedeutete für die Betroffenen eine deutliche Verschlechterung ihres Status; ihr Aufenthalt wurde von den Behörden nun streng kontrolliert. Viele verloren im Verlauf der Kriegsjahre auch ihre Staatszugehörigkeit, da sie ihre Papiere nicht mehr verlängern konnten.

Perspektiven auf das Kriegselend: Unerwünschte Militärflüchtlinge, aber grosszügige Hilfe für die zivilen Opfer

Kriegsbedingt fiel der Ausländeranteil in Basel von über 37 Prozent im Jahr 1910 auf rund 27 Prozent 1920.²⁵ Paradoxerweise wuchs im selben Zeitraum ein Misstrauen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern, das im politischen Kampfbegriff der «Überfremdung» Ausdruck fand. Auch den in der zweiten Kriegshälfte



6 Flüchtlinge am Bahnhof in Basel. Fotos: Jules Rhein, 1917/18. — An den Bahnhöfen in Basel, aber auch in Schaffhausen oder Genf trafen 1917 Kriegselend, humanitäre Hilfe und die Neugier der Kriegsverschonten aufeinander. Als der Menschenauflauf zu gross wurde, vergab das «Basler Heimschaffungskomitee» eine beschränkte Anzahl Zutrittskarten zu den Perrons.

Nun schauten die Baslerinnen und Basler von der Margarethenbrücke aus zu, wie die Evakuierten die Züge nach Frankreich bestiegen. Fotograf der Bilder war der Sanitätssoldat Jules Rhein, der zur Betreuung von Kriegsflüchtlingen abkommandiert war und seine Erinnerungen in einem Fotoalbum dokumentierte.

immer zahlreicher werdenden Militärflüchtlingen begegneten die Baslerinnen und Basler mit Ablehnung. Man sah in ihnen keine Kriegsoffer, sondern Drückeberger, die ihre vaterländischen Pflichten vernachlässigten. Diese Entwicklungen manifestierten sich auch auf nationaler Ebene. Im November 1917 entstand deshalb die Eidgenössische Fremdenpolizei, die sich der «Ausländerfrage» annahm.²⁶

Sehr viel wohlwollender reagierte die Basler Bevölkerung auf die zivilen Opfer des Kriegs. In den ersten Kriegsjahren organisierte man etliche grosszügige Geld- und Sachspenden für die Menschen in den kriegsversehrten Ländern. Als ab 1917 Tausende von Personen aus den Kriegsgebieten über die Grenzbahnhöfe in

vom Krieg verschonte Regionen ihrer Heimatländer evakuiert wurden, kamen die Baslerinnen und Basler ganz unmittelbar mit den Auswirkungen des Kriegs in Kontakt. Ab November kamen zweimal täglich Sonderzüge mit rund 650 Flüchtlingen am Elsässerbahnhof an. Die Not der oft mittellosen, vertriebenen und kriegsversehrten Menschen löste eine weitere Welle der Hilfsbereitschaft aus.²⁷

Besonders öffentlichkeitswirksam fiel die Reaktion des Grossbürgertums aus. Mit dem ‹Basler Heimschaffungskomitee› unter der Leitung von National- und Alt-Regierungsrat Paul Speiser, dem Textilfabrikanten Marc Bernheim und der Schneiderin Mathilde Paravicini entstand eine eigenständige Organisation, die sich um den Empfang und die Verpflegung der Flüchtlinge kümmerte. Auch der damals 37-jährige Industrielle Alexander Clavel-Respinger engagierte sich im Heimschaffungskomitee. 1918 entstand in seinem Auftrag gar ein rund elfminütiger Film, der unter anderen seine Ehefrau Fanny in blütenweisser Schwesterntracht prominent in Szene setzte.²⁸ ‹Die Durchreise der französischen Evakuierten durch die Schweiz› wurde im Juli desselben Jahres mit grossem Erfolg im Stadtcasino aufgeführt.²⁹

Mit der Dauer des Kriegs vergrössert sich die wirtschaftliche Not

Bereits bei Kriegsbeginn war die lokale Versorgung mit Lebensmitteln und Kohle durch die Grenzschiessung erschwert. Es kam zu Hamsterkäufen und zum Sturm auf die Banken.³⁰ Im August 1914 setzte der Regierungsrat eine staatliche Hilfskommission unter der Leitung des Kleinbasler Pfarrers Gustav Benz ein; die Geschäfte führte Maria Tabitha Schaffner, Beamtin des Gewerbeinspektorats. Neben der Kriegsnotunterstützung waren die Kontrolle des Lebensmittelbestandes sowie die Entwicklung von Massnahmen im Bereich der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung die Hauptaufgaben der Hilfskommission, denn viele Familien waren in grosse wirtschaftliche Not geraten: Die enorme Inflation zehrte die Ersparnisse auf, es gab keinen Erwerbssersatz für die dienstleistenden Soldaten, und der Sold war zu klein, um eine Familie zu ernähren. Gleichzeitig stiegen die Mietpreise kontinuierlich an, und die Teuerung der Lebensmittel, kombiniert mit sinkenden Reallöhnen, führte bereits im zweiten Kriegsjahr zur Verarmung nicht nur, aber insbesondere der Arbeiterschaft. An zahllosen Teuerungsdemonstrationen protestierten die Menschen gegen die unhaltbaren Zustände.

Schlechte Ernteerträge im Sommer 1916 und der darauffolgende sehr kalte Winter verschärften die Versorgungssituation zusätzlich. Im März 1917 wurde deshalb auf kantonaler, ab Oktober auch auf nationaler Ebene der Bezug von Grund-



7 Demonstration gegen die Teuerung, 1917. —

Der Marktplatz vermochte die riesige Menschenmenge am Donnerstag, dem 30. August 1917, kaum zu fassen: Über 15 000 Menschen folgten dem Aufruf der organisierten Arbeiterschaft, die Arbeit für einen halben Tag niederzulegen und gegen die anhaltende Teuerung zu demonstrieren.



8 Volksküche beim Schulhaus Dreirosen. Foto: Carl Eugen Kling, undatiert. — Zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung entstanden Volksküchen, in denen Suppe, Gemüse und Brot für wenig Geld erhältlich war.

nahrungsmitteln und Brennstoffen kontingentiert, rationiert und verbilligt. Das kantonale Anbauamt förderte ausserdem den privaten Mehranbau von Gemüse in Kleingärten und verpachtete Landwirtschaftsparzellen in öffentlichen Anlagen.

Einschränken mussten sich die Baslerinnen und Basler im Winter 1917 auch beim Heizen. Wegen Engpässen bei den Kohlelieferungen durften Wohnräume nur noch auf 17, Schlafräume auf 12 Grad geheizt werden.³¹ Das Grossbürgertum ärgerte sich über den Eingriff in die Privatsphäre. Elisabeth Schmid-Fehr berichtet von einem Abendessen mit Bekannten, an dem das ebenfalls eingeführte Badeverbot Hauptgesprächsthema war: «Mancher meint, er halte sich gar nicht daran, wenn er sein Gas-Quantum sonst nicht überschreite, was bei den besseren Patrioten wieder eitel Entsetzen auslöst.»³²

Akribisch kontrollierten die Behörden die Vorräte der Lebensmittelhändler und Privatpersonen, es kam vermehrt zu Denunziationen und Anzeigen wegen Lebensmittelwuchers – in die sich noch ganz andere Motive mischten als die Sorge um Versorgung: Von den 47 Rechtsfällen, die zwischen November 1916 und November 1917 in Basel wegen Verstosses gegen das Lebensmittelgesetz angestrengt wurden, richteten sich 30 gegen Juden. Der hohe Anteil jüdischer Angeklagter verweist ebenso wie die Tonlage der Berichterstattung in der lokalen Presse und die Argumentation von Staatsanwaltschaft und Richter auf den eindeutig antisemitischen Charakter der Prozesse. Die Versorgungsprobleme jedenfalls konnten mit diesen Massnahmen nicht entschärft werden, stattdessen vertieften sich gesellschaftliche Gräben.³³

Das Ende des Kriegs, das Ende der alten Welt

Als am 11. November 1918 der Waffenstillstand von Compiègne den Krieg beendete, grenzte Basel nicht wie vor dem Krieg nur an Deutschland, sondern zudem neu wieder an Frankreich. Das Kriegsende wurde mit Extrablättern ausgerufen, doch Freudenkundgebungen blieben aus: In der Stadt wütete die Grippe.

Im Mai 1919 legten die Siegermächte den Verlierern Deutschland und Österreich-Ungarn umfangreiche Friedensverträge vor. Diese umfassten neben wirtschaftlichen und militärischen Bedingungen, die den unterlegenen Gegnern gestellt wurden, auch Territorialfragen, Reparationspflichten und die Gründung des Völkerbundes. In Basel war man sich einig, dass der Vertrag von Versailles keinen Frieden bringen würde. Der Tagebucheintrag von Elisabeth Schmid-Fehr zeigt die Stimmungslage auf: «Samstag, 28. Juni, 3 Uhr wird in Versailles der Friedensvertrag unterzeichnet! – Das ist ein Wort – bringt es Frieden? Die Bestimmungen für Deutschland sind so hart, dass nur die äusserste Not im Land das Beistimmen zulässt. [...]; man sitzt wieder wie auf einem Pulverfass, wie zu Kriegsbeginn. [...] Die Zeitungen krächzen wie alte Unken; auf alle Fälle sind Taube und Friedenspalme nirgends zu finden».³⁴

Die Spanische Grippe 1918/19

In der zweiten Jahreshälfte 1918 suchte die verheerendste Pandemie der Moderne die kriegsmüde, unter Entbehrungen und Not leidende Bevölkerung heim. Binnen eines Jahres forderte die ‹Spanische Grippe›, wie sie bald bezeichnet wurde, weltweit 50 bis 100 Millionen Tote, deutlich mehr als der viereinhalb Jahre dauernde Krieg. Mit über 24 500 Toten gilt die Pandemie als grösste demografische Katastrophe der Schweiz des 20. Jahrhunderts. Heute wird davon ausgegangen, dass amerikanische Truppen das Virus im Frühjahr 1918 nach Europa trugen. Da die spanische Presse als erste offen über die Grippe berichtete, etablierte

sich vielerorts die Bezeichnung Spanische Grippe. Erste Fälle in der Schweiz sind für Mitte Juni 1918 dokumentiert. Zunächst erkrankten Soldaten in der Nähe von Bonfol; in Basel und an weiteren Orten der Westschweiz gab es zeitgleich erste Fälle. Von der ersten Grippewelle – eine zweite, deutlich heftigere folgte im Herbst 1918 – waren vor allem die Westschweiz sowie dienstleistende Armeeangehörige im Jura betroffen. Die militärische Führung war schlecht auf die Pandemie vorbereitet, ebenso die Regierung und die Gesundheitsbehörden, die noch im Juli 1918 von einem harmlosen Verlauf ausgingen.³⁵

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

9 Karikatur im ‹Nebelspalter›
von Fritz Boscovits jun., 1918.

Erst am 18. Juli 1918 erhielten Kantone und Gemeinden per Bundesratsbeschluss die Möglichkeit, kulturelle, politische und religiöse Veranstaltungen zu verbieten. Dies geschah allerdings zu einem Zeitpunkt, als die Unruhe in der Bevölkerung bereits gross und der Höhepunkt der ersten Grippewelle in der Armee erreicht war. Ein koordiniertes Vorgehen der Kantone – auch zwischen den beiden Basel – war eher die Ausnahme, und so übertrafen sie sich teilweise mit widersprüchlichen Massnahmen.³⁶ Im Herbst liess die Basler Regierung politische Versammlungen zu, wohingegen sie die zeitgleich stattfindende Herbstmesse absagte. Auch die Schulen wurden im November wieder geöffnet, nicht zuletzt auf Wunsch vieler Eltern.³⁷ In der angespannten ökonomischen Lage sollte die Wirtschaft so gut wie möglich am Laufen gehalten werden, sodass die Behörden mittels Presse und Plakate meist nur Empfehlungen verlauten liessen.³⁸ Ob die in Basel ergriffenen Massnahmen einen Beitrag zur Eindämmung der Grippe geleistet haben, lässt sich im Rückblick nicht beantworten. Jedenfalls lag die Mortalitätsrate mit 5,4 Promille unter dem landesweiten Durchschnitt von 6,3; in Basel-Stadt forderte die Spanische Grippe 760 Todesopfer.³⁹ Pflegende und Ärzte waren nicht nur einer grossen physischen und psychischen Belastung ausgesetzt, sondern auch dem Risiko, selbst zu erkranken. Eine Diakonisse aus Riehen berichtet in ihren Erinnerungen, dass sie von September 1918 bis Anfang Januar 1919 bei acht Familien grippekranke Personen Tag und Nacht betreute. Allein im Diakonissenhaus in Riehen starben neun Schwestern an der

Grippe.⁴⁰ Auch viele Pflegerinnen, die zu Hunderten der Armee beistanden und grippekranke Soldaten und Offiziere pflegten, bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben. Die Armeeleitung allerdings inszenierte nach dem Landesstreik nur die grippegetoten Soldaten als Helden des Vaterlandes. Der weitaus grösseren Zahl an Verstorbenen aus der Zivilbevölkerung gedachte man nicht. Auch dies war Ausdruck der grossen gesellschaftlichen Spannungen, die sich am Ende des Ersten Weltkriegs auftraten. **Patrick Kury**

Zwischen den Kriegen: Mit Klassenkämpfen in die Nachkriegszeit, geeint in die nächste Vorkriegszeit

Nach Kriegsende musste die Basler Regierung die Beziehungen zu den Nachbarländern wieder aufbauen. Westlich des Rheins, im Grossbasel, grenzte die Stadt neu an Frankreich. Es mussten deshalb Staatsverträge vereinbart werden, die von Steuerproblemen bis zum grenzüberschreitenden Transport von Toten alles regelten.⁴¹ Auch die Verbindungen zu Deutschland wurden wieder aufgenommen, obwohl der Versailler Vertrag dies in vielen Bereichen erschwerte. Der Internationale Fussballverband verbot sogar Spiele gegen deutsche Mannschaften. Da überregionale Matches in Basel jedoch eine lange Tradition hatten, nahmen der FC Nordstern und der FC Basel bereits 1919 den Spielbetrieb mit Clubs aus Süddeutschland wieder auf.⁴²

Trotz der Bemühungen, die Stadt als internationales Wirtschaftszentrum am Oberrhein zu positionieren, lehnten die Basler, im Gegensatz zur Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten, den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund deutlich ab. Die Vorlage war politisch heftig umstritten, denn sie war richtungsweisend für die Neupositionierung der Schweiz im Nachkriegseuropa und stellte die bisher gepflegte Form der Neutralität in Frage. An der Abstimmung im März 1920 wurde der Beitritt mit über 56 Prozent Ja-Stimmen und dem knappst möglichen Mehr von 11 ½ gegen 10 ½ Stände angenommen. Der Graben verlief einmal mehr entlang der Sprachgrenze: Die Mehrheit der Deutschschweizer Kantone lehnte den Beitritt ab, in Basel stimmten rund 53 Prozent der Wahlberechtigten mit Nein. Sie sahen im Völkerbund ein Konstrukt des Versailler Friedensvertrags, welches Deutschland aus der Staatengemeinschaft kategorisch ausschliessen sollte. Daran hatte man in Basel kein Interesse.⁴³

Innenpolitisch blieb die Situation in dieser Zeit geprägt von wirtschaftlicher und politischer Instabilität. In der vom Krieg verschonten Schweiz driftete die Gesellschaft auseinander und neben dem Graben zwischen den Sprachregionen gewann der Klassenkampf an Bedeutung.

Die Arbeiterbewegung und die Streiks der Nachkriegsjahre

Noch ein halbes Jahrhundert später sollte sich der der Zeitgenosse Paul Thalmann an die Ereignisse im Juni 1918 erinnern, als er mit einer Gruppe der sozialistischen

Jugendbewegung im Anschluss an eine Teuerungsdemonstration das Stadtcasino stürmte, das Symbol bürgerlichen Wohlstands: «[...] hinter den Scheiben der grossen Glasveranda schmausten die Bürger, sahen erstaunt, amüsiert dem ungewohnten Schauspiel zu und ahnten nicht, was ihnen bevorstand.» Tatsächlich blieb der sogenannte «Casinokrawall» kein reines Schauspiel für die Restaurantbesucher und -besucherinnen. Mit Steinwürfen zerstörten die Demonstranten die Fensterfront und drangen ins Innere des Casinos ein, «wildes Handgemenge entstand, Stühle und Tische zerkrachten, der grosse Kronleuchter an der Decke wurde mit allen erreichbaren Gegenständen bombardiert, bis er klirrend zu Boden sauste».⁴⁴

Die teilweise enormen Kriegsgewinne einzelner Unternehmen standen in krassem Gegensatz zur immer grösser werdenden wirtschaftlichen Not der Arbeiterschaft – nicht nur, aber auch in Basel. Eine Streikwelle rollte durch die Schweiz, die wenige Monate später, im November 1918, mit dem Landesstreik ihren Höhepunkt erreichte. In Basel verlief diese schwere Krise des schweizerischen politischen Systems vergleichsweise ruhig und doch hatte sie weitreichende Konsequenzen.⁴⁵ Die beiden gemässigten bürgerlichen Regierungsräte Fritz Mangold und Armin Stöcklin mussten zurücktreten, da sie Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Streikenden gezeigt hatten. Sie wurden durch August Brenner und Rudolf Niederhauser, zwei dezidiert konservative Politiker, ersetzt. Um die öffentliche Ordnung im Falle von weiteren Streiks aufrechtzuerhalten, bildeten Angehörige des Bürgertums ausserdem eine Bürgerwehr.⁴⁶ Die Jungsozialisten – neben einigen vom religiösen Sozialismus geprägten Jungakademikern vor allem Kleinbasler Arbeiter und Arbeiterinnen – waren enttäuscht vom Ausgang des Landesstreiks. Sie heizten den schwelenden Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und den in ihren Augen untätigen Behörden weiter an, rissen in nächtlichen Aktionen gegnerische Plakate nieder und lieferten sich Scharmützel mit der Polizei. Im Juli 1919 eskalierte schliesslich eine Lohndiskussion in der Färberei Clavel & Lindenmeyer: Über 1000 Färber traten in den Streik, und bald riefen die Delegierten des Arbeiterbundes erneut einen lokalen Generalstreik aus. Die Jungsozialisten waren sofort mit von der Partie und standen am 31. Juli «als erste auf der Strasse».⁴⁷

Auf diesen Basler Generalstreik reagierte die deutlich nach rechts gerückte Basler Regierung schärfer als auf den Landesstreik im Jahr zuvor, insbesondere, als sich weitere Berufsgruppen, gar das Staatspersonal, mit den Streikenden solidarisierten: Gegen den Willen ihrer beiden sozialdemokratischen Mitglieder forderte die Regierung beim Bundesrat militärische Unterstützung an.⁴⁸ Bereits am Nachmittag des 31. Juli trafen erste Truppen ein und fuhren auf Lastwagen mit aufgebauten Maschinengewehren durch die Strassen. Unterstützung erhielt die Armee



10 Das Auto der Streikleitung vor dem «Basler Vorwärts» im Brunnengässchen. Foto: Carl Eugen Kling, 1919.

von der Bürgerwehr: Sie bewachte wichtige Infrastrukturbauten wie die Hauptpost oder das Gaswerk, spionierte Streikende aus und übernahm die Kehrrichtabfuhr. Tags darauf verschärfte sich die Situation. An der Greifengasse warfen die Streikenden mit Steinen nach den Ordnungskräften. Diese eröffneten das Feuer und schossen in die Menschenmenge. In der angespannten Stimmung kam es in der Rebasse und vor der Kaserne zu weiteren Schussabgaben. Am Abend des 1. August waren fünf unbewaffnete Zivilisten tot, drei Frauen und zwei Männer. Zahlreiche andere hatten teilweise schwere Verwundungen davongetragen. Die Toten, die Verhaftungen, die Hausdurchsuchungen und die einsetzende Entlassungswelle setzten die Streikenden unter Druck, sodass sie sich für den Streikabbruch entschieden. Die vom 7. auf den 8. August stattfindende Sonderdebatte des Grossen Rates fiel mit dem Ende des Streiks zusammen. Es sei um anständige Löhne gegangen, um zumutbare Arbeitsbedingungen, betonte der Streikführer Franz Welti in der Grossratsdebatte. Keineswegs jedoch um einen politischen Umsturz. Die bürgerlichen Exponenten widersprachen: Die Linke, insbesondere die Jungsozialisten, hätten ihre Gewaltbereitschaft schon zuvor deutlich gezeigt. Es gehe ihr um nichts weniger als um den Sturz der bürgerlichen Herrschaft, behaupteten sie. Das Parteiprogramm der Sozialdemokratie, hinter dem ausländische Kräfte stünden, werde hier deutlich, und darin liege denn auch der eigentliche Grund für die Eskalation.⁴⁹ Dem gewaltsamen Ende ihres Streiks zum Trotz ging die Basler Arbeiterbewegung politisch gestärkt aus der Krise hervor.

Die Toten vom 1. August 1919

Der 46-jährige Franz Wöber-Schäublin, fünffacher Vater und Maurer aus dem Tirol, wurde vor der Burgvogtei aus einem fahrenden Militärlastwagen heraus beschossen und tödlich am Kopf getroffen.⁵⁰ Als die Schneiderin Frieda Rosa Nyffeler-Müller wenige Stunden später von ihrem Wohnungsfenster aus einen Militärlastwagen in die Untere Rebgasse einfahren sah, rannte die dreifache Mutter auf die Strasse, um ihre kleine Tochter ins Haus zu holen. Dabei riss sie in aller Eile die Haustüre auf. Die Soldaten auf dem eben vorbeifahrenden Militärlastwagen begannen zu schiessen und trafen die 37-Jährige am Kopf. Karl Fässler-Fichter aus Trogen nutzte seinen freien Tag für einen Besuch beim Coiffeur. Als der 27-jährige Schuhmacher und Vater von zwei Kindern – das jüngere war gerade 23 Tage alt – auf dem Heimweg an der Kaserne vorbeilief, traf ihn eine Kugel des wahllos in die Menge schiessenden Militärs. Ebenso erging es der 30-jährigen Julia Maria Eschmann und der 21-jährigen Rosa

Hunziker. Eschmann, eine Küchenmagd aus dem jurassischen Vellerat, lebte erst seit einem halben Jahr in Basel und war bei einer Kleinbasler Familie angestellt. Sie war wohl ebenso zufällig vor der Kaserne wie die Schneiderin Rosa Hunziker.

In der nachfolgenden Untersuchung sprach die Militärjustiz die verantwortlichen Soldaten frei. Erst nach zähen Verhandlungen war der Regierungsrat zu Entschädigungszahlungen an die Hinterbliebenen bereit: Die Mutter von Rosa Hunziker etwa erhielt 3000 Franken, die Witwe von Karl Fässler 6000 Franken, der Witwer von Frieda Nyffeler ebenfalls 6000 Franken. Der Bundesrat dagegen verweigerte sich den Forderungen nach Entschädigungen ganz – stattdessen schickte er am 28. Juli 1920 dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eine Rechnung über 651 103 Franken für den Ordnungseinsatz: Die Summe sei der eidgenössischen Staatskasse zu überweisen.⁵¹

Eine Zeit der politischen Polarisierung

Auf den Basler Generalstreik von 1919 folgte eine Zeit sozialer Instabilität und politischer Polarisierung. Die soziale Frage war in aller Munde, zahlreiche Vorträge und Diskussionsrunden fanden statt. Im April 1919 stellte auch Rudolf Steiner, der seit 1913 in Dornach lebende Begründer der Anthroposophie, einem mehrheitlich bürgerlichen Publikum seine Ideen für eine gerechtere Gesellschaft vor. Steiner plädierte in seinem Vortrag in der Basler Burgvogtei für einen «modernen Proletarier», der aus seinem Klassenbewusstsein heraus eine neue, gerechte Gesellschaft entwickle: Die proletarische Frage sei mehr als eine Brot- und Lohnfrage, so Steiner, es sei eine Frage des menschenwürdigen Daseins. Die wenigen anwesenden Sozialisten nutzten die anschliessende Diskussion für einen Aufruf zur Revolution, der Abend endete im Tumult.⁵²



11 Wahlplakat der Bürger- und Gewerbe-
partei. Gestaltung: Otto Plattner,
nach 1923. — Ihre bürgerlichen Kontra-
 henten versuchten den Aufstieg der
 KP mit allen Mitteln zu bremsen. Das
 Wahlplakat der Bürger- und Gewerbe-
 partei (BGP) zeigt deutlich die ideo-
 logischen Nachwirkungen des General-
 streiks: Das Schreckgespenst des
 Kommunismus steht als gewaltttätiger,
 ungesunder, vor allem aber «unschwei-
 zerischer» Mob an der Grenze und
 gefährdet die aufrechten Schweizer.

Doch längst nicht alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wünschten den politischen Umsturz. Ideologische Richtungskämpfe, vor allem die Frage nach dem Beitritt zu der von Moskau dominierten «III. Kommunistischen Internationale» (Komintern), führten 1920 zur Spaltung der Sozialdemokratie und zur Gründung einer Kommunistischen Partei (KP) auch in Basel.⁵³ Begeistert von den politischen Entwicklungen in der Sowjetunion pflegte diese enge Beziehungen zum Moskauer Apparat der Komintern. Regelmässig schickte sie Mitglieder an die

Parteihochschule in Moskau, um sie auf die Aufgabe als zukünftige Parteikader vorzubereiten.

Die KP konnte sich in Basel fast sofort als politische Kraft etablieren. Bei den Grossratswahlen von 1923 gewann sie bereits über zwölf Prozent des Wähleranteils, bis 1929 steigerte sie diesen auf über zwanzig Prozent, immer auf Kosten der Sozialdemokratie. Diese versuchte die Kommunisten ihrerseits mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Zusätzlich vorangetrieben wurde die politische Zerklüftung von der weltweiten Wirtschaftskrise, die Anfang der 1930er-Jahre auch in Basel für steigende Arbeitslosenzahlen sorgte und politischen Extrempositionen im linken wie im rechten Spektrum Auftrieb verlieh. Inspiriert vom Erfolg der ‹Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei› (NSDAP) jenseits der Grenze entstanden Gruppierungen, die mit einem rechtsnationalen, autoritären Regime liebäugelten und deren Parteiprogramme auf antisemitischen und antikommunistischen Verschwörungstheorien beruhten.⁵⁴ Im Frühjahr 1933, nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, erlebte diese sogenannte Frontenbewegung eine kurze Blüte. Einer ihrer extremsten Vertreter war der Basler Ernst Leonhardt, Leiter der Ortsgruppe Basel der ‹Nationalen Front›.⁵⁵ 1934 gründete er zudem den ‹Volksbund Kampfgemeinschaft für Schweizerische Nationale und Soziale Erneuerung› und 1938 die ‹Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie›. Mit rund 250 Mitgliedern waren Leonhardts Gruppierungen eher klein, doch hatte die Bewegung ab 1935 mit der ‹Neuen Basler Zeitung› ein publizistisches Sprachrohr.⁵⁶ Finanziell gefördert von der deutschen Gesandtschaft in Bern und dem deutschen Konsulat in Basel, konnte mit diesem Organ in ihrem Sinne auf die Schweizer Bevölkerung eingewirkt werden. Im November 1940 erklärte der Bundesrat sowohl links- als auch rechtsextreme Parteien für illegal. Von dem Verbot war neben den frontistischen Organisationen auch die KP betroffen. In Basel verlor sie damals 15 Grossratssitze. Die Kommunisten wie die Frontisten führten ihre Propagandatätigkeit aus der Illegalität heraus fort.⁵⁷

Von Verachtung bis Zustimmung:

Das Verhältnis zum Nationalsozialismus

Eine grosse Mehrheit der Baslerinnen und Basler verfolgte die politische Entwicklung in Deutschland mit wachsendem Unbehagen. In der Kritik standen primär Hitlers antidemokratische Politik und sein Streben nach einem ‹Grossdeutschen Reich›, weniger Aufmerksamkeit erhielt sein ausgeprägter Antisemitismus. Auch

die Aktivitäten der 1932 gegründeten Ortsgruppe Basel der NSDAP lösten teilweise heftigen Widerstand aus.⁵⁸ Die Basler NSDAP versuchte, möglichst viele der in Basel wohnhaften deutschen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen zu organisieren und damit in die NS-Staatsstruktur und die «Volksgemeinschaft» einzugliedern. Hierzu baute sie ein reges Vereinsleben auf, mit Vorträgen und Festlichkeiten in den Räumen des Badischen Bahnhofs oder der Mustermesse (MUBA) und mit Exerzierübungen in den Langen Erlen. Die Basler Behörden liessen sie gewähren. 1936 war der Basler Zweig mit rund 500 Mitgliedern die grösste NSDAP-Sektion der Schweiz, Tendenz steigend. Bis 1942 zählte sie zusammen mit der «Hitlerjugend», dem «Bund Deutscher Mädchen» sowie der «Deutschen Studentengruppe» rund 4000 Mitglieder. Damit war rund die Hälfte der damals in Basel wohnenden Deutschen Mitglied einer nationalsozialistischen Organisation.

Nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten 1933 kam es in Basel vermehrt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Antifaschistische Gruppierungen störten wiederholt Vorträge, verteilten Flugblätter und demolierten Geschäfte von NS-Anhängern. Eine erste Welle von Geflüchteten – Oppositionellen sowie Juden und Jüdinnen – traf in der Schweiz ein und die Mitglieder des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) begannen sich zu organisieren, um dem Antisemitismus in der Schweiz entgegenzuwirken. Lokale Aufklärungskomitees riefen zum Boykott gegen deutsche Geschäfte auf, und die Israelitische Gemeinde Basel (IGB) setzte beim Regierungsrat ein Verbot jeglicher «Verschmähung oder Verunehrung der jüdischen Rasse und des jüdischen Glaubens» durch.⁵⁹

Einen ersten Höhepunkt erreichte die nationalsozialismuskritische Stimmung im Frühjahr 1935, nach der Entführung des deutschen Journalisten und Pazifisten Berthold Jacob im Restaurant «Zum schiefen Eck» im Kleinbasel durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Das Vorgehen der deutschen Regierung wertete der Bundesrat klar als Verletzung der Schweizer Souveränität. Er erreichte, dass Jacob im Herbst 1935 wieder an die Schweiz ausgeliefert wurde. Die Affäre leitete ein Umdenken in Bezug auf die Bedrohung der inneren Sicherheit durch politischen Extremismus ein und führte innert kürzester Zeit zur Schaffung von verschiedenen Staatsschutzmassnahmen auf nationaler wie auf kantonaler Ebene. Mittels eines dringlichen Bundesbeschlusses, dem sogenannten Spitzelgesetz, wurde 1935 die Bundespolizei gegründet, und die Basler Regierung richtete 1938 die Politische Abteilung der Polizei ein.⁶⁰

Die Haltung des Bundesrates zur Entführung von Berthold Jacob bedeutete jedoch keine Kehrtwende der bundesrätlichen Interpretation der schweizerischen Neutralität. Diese sah vor, jeglichen Positionsbezug gegenüber dem nationalsozia-



12 Badischer Bahnhof mit Hakenkreuzfahne.
Foto: Foto Hoffmann, nach 1933. — Als nach der «Machtergreifung» der Nationalsozialisten 1933 erstmals die Hakenkreuzfahne über dem Badischen Bahnhof wehte, gingen in Basel die Wogen hoch. Kommunistische Demonstranten versuchten vergeblich, die Fahne herunter-

zureissen, worauf es im Kleinbasel zu regelrechten Strassenschlachten kam und die Polizei einschreiten musste. Der Regierungsrat ersuchte den Bundesrat deshalb, das öffentliche Hissen von Hakenkreuzfahnen zu verbieten. Dieser lehnte das Begehren der Basler Regierung jedoch ab (Richers 2008).

listischen Deutschland zu vermeiden, vor allem, um die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu gefährden. Die Anpassungsbemühungen der schweizerischen Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland führten immer wieder zu Kontroversen in der Presse und zu Konflikten zwischen der Basler Regierung und dem Bundesrat. Am aufsehenerregendsten war wohl die Debatte um zwei kantonale Volksinitiativen von 1938, die ein Verbot faschistischer, nationalsozialistischer und frontistischer Organisationen und Propaganda forderten.⁶¹ Der Bundesrat wollte eine Abstimmung um jeden Preis verhindern und argumentierte, die Politik der Schweiz gegenüber ihren ausländischen Einwohnern liege in der Kompetenz des Bundes; beide Initiativen seien deshalb für ungültig zu erklären. Diesem Druck aus Bern wollte sich die Basler Regierung nicht beugen. Schliesslich entschied das Bundesgericht im Sinn des Bundesrats und erklärte die Initiativen für ungültig.⁶²

Auch einzelne Personen übten Kritik an der Haltung des Bundesrats. Besonders prominent tat dies der Theologe Karl Barth, der seit 1935 in Basel lehrte, nachdem er an der Universität Bonn wegen Verweigerung des Beamteneids auf Adolf Hitler entlassen worden war. Seine Schrift *«Im Namen Gottes des Allmächtigen»*, in der er sich 1941 anlässlich der 650-Jahrfeier der Eidgenossenschaft gegen die sogenannte Gesinnungsneutralität der Behörden äusserte, wurde prompt vom Bundesrat zensiert.⁶³

Barth hatte gute Gründe für seine Kritik, denn tatsächlich akzeptierte der Bundesrat nach 1933 die Diskriminierung von Schweizer Juden, Sozialistinnen oder Zeugen Jehovas in Deutschland, später auch in den besetzten Gebieten, und wehrte sich nur sehr zurückhaltend gegen deren Verhaftung.⁶⁴ Auch die rigide Ausbürgerungspraxis gegenüber sogenannt «ausheiratenden» Schweizerinnen führte zu zahlreichen menschlichen Tragödien. Die seit der Bundesverfassung von 1848 garantierte Unverlierbarkeit des Schweizer Bürgerrechts galt nicht für Frauen, so dass diese bei der Heirat mit einem Ausländer das Schweizer Bürgerrecht verloren.⁶⁵ Ehefrauen von deutschen oder französischen Juden traf diese Auslegung des Bürgerrechts mit aller Härte: Der Baslerin Edmée Hirsch-Ditisheim etwa, die anfangs der 1930er-Jahre zu ihrem Ehemann nach Colmar gezogen war, wurde 1942 die Rückkehr nach Basel verweigert; Ende Juni 1944 wurde die Familie Hirsch nach Auschwitz deportiert. Das Ehepaar wurde dort ermordet.⁶⁶

Die «Gruppe 33» und ihr Club: Bürgerschreck für die einen, Oase der Nonkonformität für die andern

Am 10. Mai 1933, am Tag als in Deutschland die Bücher von jüdischen und oppositionellen Schriftstellerinnen und Schriftstellern verbrannt wurden, gründete in Basel eine Gruppe avantgardistischer Künstlerinnen und Künstler mit der «Gruppe 33» «eine Opposition gegen die Verspiesserung der Basler Kunstproduktion».⁶⁷ Die als Protest gegen die Sektion Basel der «Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten» gedachte Künstlervereinigung entwickelte sich innerhalb kürzester Zeit zu einer wichtigen Schweizer Avantgarde-Bewegung im künstlerischen, aber auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich.⁶⁸ Die Mitglieder, darunter Paul Camenisch, Otto Abt, Irène Zurkinden und Meret Oppenheim, veranstalteten in ihrem Vereinslokal, dem legendären «Club 33» an der Steinenvorstadt 53,

regelmässig Vorträge, Filmvorführungen, Konzerte und Rezitationsabende. Alfred Rasser war mit dem «Cabaret Cornichon» ebenso zu Gast wie die Basler Tänzerin und Performerin Marie-Eve Kreis. Fast jeden Samstagabend gab es gemeinsame Essen und Tanz zu Grammophonmusik. Die Veranstaltungen waren improvisiert und die Bewirtung mit Flaschenbier, Hauswein, Landjäger oder *Wienerli* einfach. Doch etablierte sich der Club 33 in dieser Zeit der politischen Verhärtungen als Ort, wo Meinungsfreiheit als Lebensprinzip hochgehalten wurde: «Es scheint uns, es bestehe in der jetzigen Zeit ein grösseres Bedürfnis nach Aussprache als je», bekräftigte der Präsident Paul Camenisch in einem Brief an die Mitglieder dieses Prinzip des Clubs – als dieser 1942 infolge Geldmangels geschlossen werden sollte.⁶⁹

Die Stimmung kippt: Von der Nach- in die Vorkriegszeit

Beinahe nahtlos ging die Nachkriegszeit Mitte der 1930er-Jahre in eine neuerliche Vorkriegszeit über, als Versuche einer nationenübergreifenden Verständigung auf politische Fronten prallten. 1927 organisierten sich Basler Sozialdemokraten gemeinsam mit Genossen und Genossinnen aus Deutschland und Frankreich in der «Oberrheinischen Sozialistischen Vereinigung» und engagierten sich im Kampf gegen den Faschismus und für die Völkerverständigung.⁷⁰ Nach drei Veranstaltungen in Basel (1928), Freiburg (1929) und Mulhouse (1930) fand 1931 in Basel ein letztes Treffen mit rund 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Ein Jahr später musste die Zusammenkunft in Freiburg abgesagt werden, wohl aus Furcht vor gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Schlägertruppe, der Sturmabteilung (SA). 1933 gründeten bürgerliche Kräfte im Nachgang zu einem Kongress der «Paneuropa-Union» eine Basler Sektion der Europa-Bewegung.⁷¹ Der Gründer der Paneuropa-Union, Graf Richard Coudenhove-Kalergi, sah im politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss verfeindeter Nationen zu «Vereinigten Staaten von Europa» die einzige Hoffnung auf einen dauerhaften

Frieden. Kurz nach dem Kongress wurde in der Basler Presse Kritik an der faschistischen Färbung des Parteiprogramms laut. Zudem entstehe ein vereintes Europa nicht an Galaempfangen, sondern brauche die Unterstützung weiterer Kreise.⁷² Dies wollten die Basler besser machen und gründeten im Jahr drauf die «Europa-Union». Mit der Vision eines demokratischen europäischen Bundesstaates propagierten sie einen Gegenentwurf zu den sich rasant verbreitenden nationalsozialistischen, faschistischen und kommunistischen Bewegungen. Ihr erster Präsident, der Wirtschaftshistoriker und Redaktor der «National-Zeitung» Hans Bauer organisierte in den kommenden Jahren zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen, um die europäische Idee als Friedensinstrument zu popularisieren.

Diese Friedensbemühungen wurden zunehmend abgelöst durch Vorbereitungen auf einen neuen Krieg. Die Basler Europa-Union brachte 1936 auf nationaler Ebene die Volksinitiative «Gegen die private Rüstungsindustrie» zustande, welche die Produktion von Kriegsmaterial auf den Zweck der Landesverteidigung einschränken und dem Bund übertragen wollte.⁷³ Die Initiative reagierte damit auf den Umstand, dass in der Schweiz keine Kontrolle über die Rüstungsindustrie bestand und der Bundesrat so einem Ausfuhrverbot von Waffen im Zusammenhang mit potentiellen Kriegen nur ungenügend nachkommen konnte, was international zu Kritik und Zweifeln an der schweizerischen Neutralitätspolitik führte. Die Basler Initiative kam dem Bundesrat deshalb gelegen, und er arbeitete einen



13 Karikatur in der Fasnachtsbeilage der «National-Zeitung» von Niklaus Stoecklin, 1938. — Die Stimmung im März 1938 war geprägt von Kriegsvorbereitungen und Schutzmassnahmen. Dies wurde auch in der Fasnachtsbeilage der liberalen «National-Zeitung» reflektiert. In der Karikatur von Niklaus Stoecklin wird gar die Katze auf ihren nächtlichen Spaziergängen gegen mögliche Giftgasangriffe ausgerüstet (Fasnachtsbeilage, «National-Zeitung», 05.03.1938).

etwas moderateren Gegenvorschlag aus, der an der Volksabstimmung vom Februar 1938 mit grossem Mehr angenommen wurde, auch in Basel.

Zeitgleich setzte in der Schweizer Bevölkerung ein Gesinnungswandel in Bezug auf die Armee ein. Der Militäreinsatz während den Streiks der 1920er-Jahre und negative Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg hatten zu rigorosen Sparmassnahmen beim Militärbudget geführt. Angesichts der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland änderte sich die Ausgabenpolitik nach 1933 jedoch grundsätzlich. Grosse Rüstungskredite wurden vom Parlament gutgeheissen, und 1937 bekannte sich auch die Sozialdemokratie vorbehaltlos zum «nationalen Wehrwillen». Wie bereits 1911 leitete die Armeeführung kurz vor Kriegsausbruch eine Militärreform ein mit dem Ziel, sich den neuen Kriegstechniken anzupassen. Mit der Truppenordnung von 1938 (TO 38) wurde zudem eine Neuordnung der Heeresstruktur mit ausgebautem Luft- und Grenzschutz umgesetzt.⁷⁴ Für Basel war dies besonders wichtig: Die Entwicklung der Luftwaffe während und nach dem Ersten Weltkrieg hatte die Gefahrenlage insbesondere für Grenz- und Industriestädte verschärft. Der Grosse Rat erhöhte das Budget für den 1934 gegründeten zivilen Luftschutz ab 1936 kontinuierlich von 15 000 Franken auf 697 000 Franken im Jahr 1939.⁷⁵ Der letzte Beschluss wurde am 14. September, also nach Kriegsausbruch, gefasst und, «weil dringlicher Natur, dem Referendum entzogen».⁷⁶

Der Zweite Weltkrieg: Nationaler Wehrwille, Neutralitäts- und Flüchtlingspolitik

«Krieg! Trotz allem», notierte Elisabeth Schmid-Fehr am 1. September 1939 in ihr Tagebuch. Und: «Es erübrigt sich zu schreiben, dass Deutschland angefangen hat.»⁷⁷ Am 3. September, zwei Tage, nachdem die Wehrmacht Polen überfallen hatte, erklärten die Westmächte Deutschland den Krieg. Wie bereits während des Ersten Weltkriegs war Basel aufgrund seiner Grenzsituation besonders exponiert. Wiederum drohte der Stadt ein Umgehungsangriff, allerdings dieses Mal durch deutsche Truppen. Aus Sicht der französischen Armee waren darum die Basler Rheinbrücken von zentraler Bedeutung. Bei einem Kampf auf Schweizer Boden hätten sie sofort zerstört werden müssen. Dies zu verhindern war die Hauptaufgabe der Schweizer Armee, die in ihrer neuen Strategie primär auf die Vermeidung von Krieg auf Schweizer Boden ausgerichtet war.⁷⁸

1939 standen in Basel verschiedene für die Landesversorgung zentrale Infrastrukturbauten, die militärisch geschützt werden mussten. Wichtig war neben dem Hafen respektive der Rheinschifffahrt das 1940 neu eröffnete Radiostudio Basel auf dem Bruderholz. Die Schweizerische Radiogesellschaft (SRG) hatte sich schon länger als wichtiges Informationsmedium über die Landesgrenze hinaus etabliert. Nach Kriegsausbruch wurde die SRG unter die Aufsicht der Bundesbehörden gestellt und von Bundesrat und Armee gezielt zur Information der Bevölkerung in der Schweiz und in Europa genutzt.

Bereits am 29. August hatte der Bundesrat die Grenzbrigaden und Teile der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen aufgeboden. Tags darauf wurde die allgemeine Mobilmachung angeordnet und der Waadtländer Henri Guisan mit rund neunzig Prozent Zustimmung von der Vereinigten Bundesversammlung zum General gewählt. Seine Vereidigung wurde am Radio übertragen, sodass sein mit sonorer Stimme abgelegter Amtseid in Echtzeit mitverfolgt werden konnte: «Je jure fidélité à la confédération [...]».⁷⁹

Kriegsgefahr in der Region

In der Grenzstadt Basel waren die Truppen bereits vier Tage vor der allgemeinen Mobilmachung einberufen worden.⁸⁰ Am 26. August hatte der Bundesrat rund 50 000 Mann für den Grenzschutz aufgeboden: Ausfallstrassen wurden verbarrikadiert, Panzersperren aufgebaut, der Bahnverkehr mit Deutschland reduziert und der Flugplatzbetrieb auf dem Sternenfeld eingestellt. Tags darauf war der Verkauf von Nahrungsmitteln, die unter den Notvorrat fielen, und von Brennstoff verboten. Zur Verteidigung der Stadt setzte die Armeeleitung ein Stadtkommando unter der Leitung von Oberst Hans De Bary ein.⁸¹ Da man ein Zusammentreffen deutscher und französischer Truppen auf Schweizer Boden befürchtete, positionierte man den grössten Teil der Armee zwischen dem Rhein, dem südlichen Zürichsee und dem Hauenstein, in der sogenannten Limmatstellung. Obwohl Basel damit vor der eigentlichen Abwehrlinie lag, sollten die Stadt und ihre Infrastruktur verteidigt, die Grenzen und Brücken gesichert werden.⁸² Die ersten Kriegsmonate blieben jedoch ruhig, sodass im November der Truppenbestand wieder reduziert werden konnte.

Als die Wehrmacht im Mai 1940 im Rahmen der Westoffensive Luxemburg, Belgien und die Niederlande überrollte und Frankreich angriff, gab es in der Schweiz eine zweite Mobilmachung, erstmals auch für Frauen.⁸³ Die «Lotta Svärd», Finnlands freiwillige Frauenorganisation, hatte zahlreiche Schweizerinnen bereits im Jahr zuvor, während des «Winterkriegs», dazu inspiriert, einen aktiven Beitrag



**14 Frauen bei der Aushebung
in der Kaserne Basel.
Foto: Lothar Jeck, 1940.**

zur Landesverteidigung leisten zu wollen. Bürgerliche Frauenorganisationen, darunter führend die «Basler Frauenzentrale», unter ihrer Präsidentin Rosa Göttisheim, hatten das freiwillige Engagement koordiniert und den zivilen «Frauenhilfsdienst» (FHD) gegründet. Im Frühjahr 1940 erreichten die Frauenorganisationen schliesslich, dass General Guisan auch den militärischen FHD zuließ, und die Armee Frauen in den Bereichen Gesundheit, Verwaltung, Transport, Fliegerbeobachtung, Küche und Feldpost einsetzte. Ende 1940 zählte der militärische FHD bereits 18 000 Angehörige. Mit dem Oberststabschef Peter Sarasin und der Publizistin Emily Forcart-Respinger als Pressechefin lag der FHD in seiner Anfangszeit fest in Basler Händen.

Stündlich rechnete man im Mai 1940 mit einem Angriff der Wehrmacht auf Frankreich über die Schweizer Westgrenze. Das Basler Stadtkommando versetzte die Truppen in höchste Alarmbereitschaft: 12 000 Soldaten standen zur Verteidigung der Stadt zur Verfügung; die Brücken über Rhein, Wiese, Birs und Birsig wurden für die Zerstörung vorbereitet. Auch der als untauglich ausgemusterte, mittlerweile 54-jährige Theologe Barth hatte sich im März 1940 zum Hilfsdienst gemeldet, um bewaffnet an den Basler Brücken Wache zu stehen.⁸⁴



15 Befestigungen beim Badischen Bahnhof während des Zweiten Weltkriegs. Foto: Theo Frey, undatiert. — Besonders massiv wurde die Gegend rund um den Badischen Bahnhof mit Militärbauten gesichert, da die Einfahrt militärischer Züge mit deutschen Truppen befürchtet wurde.

Der französischen Armee genügten diese Massnahmen offenbar nicht, weshalb sie in den Wäldern bei Neuwiler vier Geschütze aufstellte, mit denen sie die Rheinbrücken im Falle eines deutschen Angriffs zerstören wollte. Auf der anderen Seite stand am Grenzacherhorn in den Weinbergen eine deutsche Stellung bereit, um die Wettstein- und die Eisenbahnbrücke bei einer Grenzverletzung der Franzosen unter Beschuss zu nehmen.⁸⁵

Doch nicht nur der Grenzschutz wurde angesichts der akuten Bedrohung verschärft, in Basel bereitete man auch die Evakuierung der Zivilbevölkerung vor. Da die militärische Führung dagegen Einwände erhob mit der Begründung, die Zivilisten und Zivilistinnen würden die Strassen für den Rückzug des Militärs blockieren, kam es zur unkoordinierten Massenflucht: Zwischen dem 14. und dem 17. Mai verliessen rund 25 000 Bewohnerinnen und Bewohner Basel.⁸⁶ Die Geschäftsleitungen grösserer Unternehmen wie Hoffmann-La Roche, Lonza und Sandoz siedelten in die Romandie über, und das Direktorium der Basler Leben evakuierte seine Vermögenswerte ins Berner Oberland nach Saanen.

Der Basler Historiker Edgar Bonjour, der damals neben seiner Professur für die «Presseprüfstelle des Armeestabs» arbeitete, berichtet in seinen Lebenserinne-

rungen, wie sein Stab Nacht für Nacht nach Zofingen evakuiert wurde und frühmorgens unbemerkt wieder nach Basel zurückkehrte. Die Aktivdienstzeit prägte Bonjour und inspirierte ihn zu seinem Lebensthema, der Geschichte der Schweizer Neutralität.⁸⁷

Nach wenigen Wochen, als sich durch die Kapitulation Frankreichs im Juni 1940 die Situation grundlegend geändert hatte, kehrten die meisten Baslerinnen und Basler wieder zurück. Die Stadt grenzte nun ausschliesslich an Deutschland und an das von Deutschland besetzte Elsass und verlor deshalb an militärstrategischer Bedeutung. General Guisan erklärte Basel zur «offenen Stadt», die im Falle eines Angriffs nicht mehr verteidigt werde. Die Grenze blieb bewacht, doch das Stadtkommando wurde auf Pikett gestellt, das Gros der Truppen entlassen, Barrikaden und Hindernisse wurden abgebaut.⁸⁸

Nun fand der Krieg zwar nicht mehr in unmittelbarer Nähe statt, dennoch war die Gefahr nicht gebannt. Als Deutschland im August 1940 den gefürchteten Luftkrieg begann, bombardierten die Alliierten im Gegenzug vermehrt deutsche Städte. Auf Druck aus Deutschland hin ordnete die Schweizer Armeeführung im November 1940 landesweit die Verdunklung an. Die deutsche Regierung begründete ihre Forderung damit, dass die Schweiz eine Neutralitätsverletzung begehe, da die hell erleuchteten Grenzstädte den alliierten Flugzeugen als Orientierungshilfediener.⁸⁹ In Basel war die Massnahme heftig umstritten. Man sah in der Beleuchtung auch einen Schutz gegen verfehlte Bombenabwürfe. Zu Recht: Nur wenige Wochen später bombardierten englische Flieger das Gundeldingerquartier und die Binniger Höhe, vier Personen starben. Erst im September 1944, als die Überflüge der Alliierten über Basler Territorium stark zunahmen, hob der Bundesrat, auf eine Eingabe der Basler Regierung hin, die Verdunkelung in der ganzen Schweiz auf. In Basel legte man nun auf den Dächern der grossen Unternehmen und des Schweizer Bahnhofs zur besseren Kennzeichnung grosse Schweizerfahnen aus.

Mit dem Vorstoss der Alliierten in Richtung Schweiz nahmen die Bombardierungen in der Grenzregion stark zu, in Basel ertönten während vieler Tage die Alarmsirenen und es kam zu weiteren Fehlabbwürfen. Im März 1945 wurden das Gundeldingerquartier und der Bahnhof SBB noch einmal schwer getroffen.⁹⁰

Gegen «unschweizerisches Gedankengut»:

Den Zusammenhalt im Innern stärken

Bereits bei Kriegsbeginn standen die wirtschaftliche Stabilität und die Versorgungssicherheit für die Schweizer Behörden an oberster Stelle: Die Lehren aus dem Ersten



16 Bomben über Basel, 1945. — Während des Krieges kam Basel mehrfach unter Beschuss von fehlgeleiteten britischen und US-amerikanischen Bombern. Vom letzten irrtümlichen Beschuss im März 1945 war insbesondere das

Gundeldingerquartier betroffen. Es gab keine Toten, jedoch zahlreiche Verletzte und hohen Sachschaden: Das Bürogebäude der Firma Rapp, hier auf dem Bild zu sehen, brannte komplett aus.

Weltkrieg waren gezogen worden. Im April 1939 hatte der Bundesrat die Bevölkerung deshalb dazu verpflichtet, einen Notvorrat anzulegen. Nach Kriegsausbruch war die Versorgung mit Lebensmitteln, Energie und Papier rationiert worden, ab Dezember erhielten Soldaten neben dem Sold einen Verdienstersatz. Trotz dieser Massnahmen kam es ab Herbst 1941 in den einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zu Versorgungsengpässen. Durch die steigende Teuerung reichte immer häufiger das Geld nicht mehr, um die Rationierungsmarken, die zur Regulierung der Verteilung eingeführt worden waren, einzulösen, und es mussten zusätzlich staatliche Notstandsaktionen, wie Barzuschüsse oder die Verteilung von Kartoffeln und Obst, eingeführt werden. Basel, wo der Anteil an Arbeiterinnen und Arbeitern mit einem Einkommen, das nur knapp das Existenzminimum deckte, bereits 1939 überdurchschnittlich hoch war, wies mit über zwölf Prozent der Gesamtbevölke-

17 Anbauschlacht im Schützenmattpark. Foto: Lothar Jeck, 1942. —

Ab 1942 wurden unter anderem auch die Spielwiese auf der Schützenmatt, der Voltaplatz sowie die Anlagen am St. Galler-Ring von der Basler Stadtgärtnerei für «Kriegs-Kleingärten» parzelliert und verpachtet.



rung die höchste Anzahl Bezügerinnen und Bezüger solcher Unterstützungen aus; der gesamtschweizerische Durchschnitt lag bei rund sechs Prozent.⁹¹

Anders als während des Ersten Weltkriegs gab es kaum Kritik an den staatlichen Versorgungsmassnahmen. Dies mag einerseits mit dem kriegsbedingten Konsensdruck und den Propagandamassnahmen der «Geistigen Landesverteidigung» zusammenhängen. Andererseits folgte die Arbeiterschaft dem Argument, dass die Rationierung in erster Linie ein Warenverteilungssystem sei, und ihre Not nicht von kriegsbedingter Misswirtschaft, sondern durch ungerechte Lohnstrukturen verursacht wurde. Die sozialen Probleme jedoch wollte man am Verhandlungstisch lösen.

Neben diesen kriegswirtschaftlichen Massnahmen trug auch die grossangelegte nationale «Anbauschlacht» zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung bei. In Basel entstanden in diesem Zusammenhang mehr als 250 neue Kleingärten auf öffentlichem Grund. Die 1941 geschaffene Gartenbauberatungsstelle führte Kurse durch, um den Mehranbau zu fördern und Hilfe bei der Bekämpfung des neuerdings auch in Basel auftretenden Kartoffelkäfers zu bieten.⁹²



18 Auswirkungen der ›Geistigen Landesverteidigung‹ im Warenhaus ›Globus›. Foto: Lothar Jeck, 1941.

Die Anbauschlacht zeigte Wirkung weit über die Ernährungssicherung hinaus und entsprach als Massnahme zur nationalen Versorgungsunabhängigkeit auch der Ideologie der sogenannten Geistigen Landesverteidigung. Schon vor Kriegsausbruch hatte sich der Bundesrat in einer Kulturbotschaft von ›unschweizerischem Gedankengut‹ und politischen Extrempositionen distanziert.⁹³ Obwohl das daraus resultierende Konzept der Geistigen Landesverteidigung eine angeblich einheitlich schweizerische Identität behauptete, war es nach vielen Seiten offen und entwickelte sich zu einem vielschichtigen kulturellen Phänomen. Sogar der Verkauf von einheimischen Teesorten konnte so zur Förderung der gesellschaftlichen Integration beitragen und zu einem Symbol des Widerstandswillens und der Selbstbehauptung werden.

Ihren wirkungsvollsten Ausdruck fand die Geistige Landesverteidigung 1939 in der Schweizerischen Landesausstellung in Zürich. In Basel legte man eigene Schwerpunkte.⁹⁴ So verstand man etwa die Leidenschaft für den Jazz, zumindest in jazzbegeisterten Kreisen, als baselspezifische Variante der Geistigen Landesverteidigung, da sie als Ausdruck der amerikanischen Kultur eine Gegenposition zum

Nationalsozialismus darstelle.⁹⁵ Zu einem wichtigen Instrument der Geistigen Landesverteidigung wurde während des Zweiten Weltkriegs auch die Schweizer Mustermesse (MUBA), die sich zu einer staatlich orchestrierten, nationalen Leistungsschau entwickelte. Die seit ihrer Gründung 1917 Schweizer Herstellern vorbehaltene Messe hatte sich bereits in den 1930er-Jahren zu einem Publikumsmagneten für Familien aus der ganzen Schweiz gemausert. Während der Kriegsjahre erhielt sie durch die Präsenz von General Guisan, der alljährlich neben dem Bundespräsidenten in Basel erschien, einen zusätzlichen patriotischen Akzent.⁹⁶

Darüber hinaus fanden zwischen 1939 und 1945 im Rahmen von Jubiläen und Feiertagen auch in Basel verschiedene Festspiele statt, die historische Ereignisse zur nationalen Propaganda nutzten. Die 500-Jahrfeier der Schlacht bei St. Jakob an der Birs im Sommer 1944 bildete diesbezüglich den Höhe- und Schlusspunkt.⁹⁷ Ganz Basel war am 25. und 26. August auf den Beinen: Mit rund 50 000 Mitwirkenden an Festspiel, Festumzug und Festakt mit Volksfest war es die grösste Feier dieser Art, die je in Basel durchgeführt wurde. Nicht weniger als drei Bundesräte waren anwesend, ebenso General Guisan sowie die Bischöfe von Basel und Lugano. Sie wurden vom radikaldemokratischen Grossratspräsident Edwin Strub und dem sozialdemokratischen Regierungsratspräsident Fritz Brechbühl empfangen. Im Beisein der Ehrengäste fand am ersten Abend in der Mustermesse die Premiere des Festspiels statt.

Verbindungen zu den nationalsozialistischen Nachbarn

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs waren die Basler Firmen in die kriegswirtschaftliche Organisation der Schweiz eingebunden worden, darunter auch die vier grossen Basler Chemie- und Pharmaunternehmen. So leitete etwa der Direktor der Geigy, Carl Koechlin, die Sektion Chemie und Pharma des Eidgenössischen Kriegs-Industrie- und Arbeitsamts.⁹⁸ Die Basler Industrie agierte zu diesem Zeitpunkt längst multilokal und war in zahlreichen Ländern, etwa in den USA und in Südamerika, aber auch in den Kolonien, beispielsweise in Indien, mit Niederlassungen vertreten.⁹⁹ Damit gelang es ihr, dank grosser Lagerbestände und der Produktion vor Ort, während der gesamten Kriegsdauer auch im alliierten Wirtschaftsraum präsent zu sein.

Besonders eng waren die wirtschaftlichen Verbindungen nach Deutschland. Als einzige nichtdeutsche Unternehmen der Farben- und Pharmaproduktion waren die Basler Chemie- und Pharmafirmen auch nach Kriegsausbruch weiterhin in Deutschland tätig. Sie wurden von den deutschen Behörden als kriegswirtschaft-

lich wichtige Betriebe eingestuft. Zwar standen einige der Basler Unternehmer dem Nationalsozialismus persönlich teilweise kritisch gegenüber, doch ihr unternehmerisches Handeln war an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet. In den Grenzacher Firmen von Geigy und Hoffmann-La Roche wurden zwischen 1940 und 1945 gar über 230 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt.¹⁰⁰

Gegenläufig zur wirtschaftlichen Nähe verschärfte sich nach Kriegsausbruch die Ablehnung des Nationalsozialismus in der Bevölkerung noch einmal deutlich. Besonders prominent äusserte sich der liberale Nationalrat und Chefredaktor der «Basler Nachrichten», Albert Oeri. Als Gründungsmitglied der «Aktion Nationaler Widerstand» wurde er mit seinen Leitartikeln und aussenpolitischen Kommentaren zu einem der wichtigsten Vertreter der Geistigen Landesverteidigung und über die Landesgrenzen hinaus zu einer lauten Stimme des antifaschistischen Widerstands.¹⁰¹

Handgreiflicher ging es auf der Strasse zu und her: Wiederholt gab es Schlägereien zwischen Jungsozialisten und Mitgliedern der Hitlerjugend.¹⁰² Besonders verhasst war vielen Baslerinnen und Baslern das 1941 eröffnete «Deutsche Heim», im Volksmund «Braunes Haus» genannt. In den 32 Räumen an der St. Alban-Vorstadt befanden sich neben dem deutschen Konsulat auch die Wehrmachtsabteilung und die Geschäftsstellen der NS-Nebenorganisationen, ein Festsaal, Versammlungsräume und ein Kino. Im Jahr 1942 organisierte die NSDAP in Basel rund 190 Veranstaltungen mit über 40 000 Besucherinnen und Besuchern. Acht Grossveranstaltungen wurden aufgrund von Platzmangel im Stadtcasino und in der Mustermesse durchgeführt. Einerseits verachtet und abgelehnt, war der Nationalsozialismus andererseits an den regulären Basler Veranstaltungsorten präsent und damit auch Teil des städtischen Lebens.

Fluchtziel Basel

Im März 1933 kamen erste Flüchtlinge aus Deutschland in die Schweiz, Juden und Jüdinnen sowie Oppositionelle, die von den neuen Machthabern in Deutschland bedroht waren. In Basel suchten zwischen März und Mai rund 760 Menschen Zuflucht.¹⁰³ Noch konnten sie von den Grenzbehörden unbehindert einreisen. Doch bereits Ende März definierten die Schweizer Behörden zwei Kategorien von Flüchtlingen: politische Flüchtlinge und sogenannte Emigranten. Die Schweiz erkannte bis 1945 lediglich 644 Personen als politische Flüchtlinge an. Der beim Bund für die Flüchtlingsfragen zuständige Chefbeamte Heinrich Rothmund hielt in einem Memorandum vom 4. Juli 1933 explizit fest, dass Jüdinnen und Juden

keine politischen Flüchtlinge seien, ebenso wenig Kommunisten, und dass sie deshalb kein Recht auf eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung hätten.¹⁰⁴ Jüdinnen und Juden erhielten als «Emigranten» in der Regel eine Toleranzbewilligung, welche die Dauer des Aufenthaltes auf drei bis sechs Monate befristete und zur Weiterreise verpflichtete. Kommunistinnen und Kommunisten sollten möglichst an der Grenze zurückgewiesen werden.¹⁰⁵ Begründet wurde diese restriktive Aufnahmepraxis mit der Überlastung des Arbeitsmarktes und mit der Angst vor der «Überfremdung». Die Basler Behörden folgten unter dem liberalen Regierungsrat Carl Ludwig den Vorgaben des Bundes.¹⁰⁶ Dies änderte sich 1935, als der Sozialdemokrat Fritz Brechbühl das Polizeidepartement übernahm und eine offenerere Asylpolitik anstrebte. Immer wieder suchte er, mal mehr, mal weniger erfolgreich, nach Kompromissen mit den Bundesbehörden, insbesondere im Bereich des Bleiberechts von «Emigranten».

Im Sommer 1938, nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich und dem darauffolgenden «Anschluss» des Landes an das Deutsche Reich, nahm die Zahl jüdischer Flüchtlinge an der Basler Grenze von Neuem zu. In der Folge unternahmen die Schweizer Behörden erstmals «Ausschaffungsaktionen». Auch in Basel wurden rund 250 Männer und Frauen nach Deutschland ausgeliefert. Als der Flüchtlingsstrom dennoch nicht abbrach, wurde auf Weisung von Bern der sogenannte Judenstempel, die Kennzeichnung des Passes mit einem roten «J», und die Visumspflicht für deutsche und österreichische Juden eingeführt.¹⁰⁷ Bei Kriegsausbruch verordnete der Bundesrat die hermetische Schliessung der Grenzen und führte eine generelle Visumspflicht für alle Ausländerinnen und Ausländer ein, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Zahl der Flüchtlinge mit rund 7100 (meist jüdischen) Personen nur 0,16 Prozent der Bevölkerung entsprach und damit sehr tief war. Auch in Basel kam es nun vermehrt zu Rückweisungen von Flüchtlingen direkt an der Grenze. Die Entscheidungen der Behörden standen auch nach 1939 in einer Kontinuität des institutionalisierten, antisemitisch gefärbten Überfremdungsdiskurses. Die offizielle Schweiz handelte weiter fremdenpolizeilich und nicht asylpolitisch.

Den in der Schweiz aufgenommenen Flüchtlingen drohte schon bei kleinsten Vergehen gegen die polizeilichen Auflagen die Abschiebung. In Basel folgte der verantwortliche Regierungsrat Fritz Brechbühl dieser Praxis zunächst teilweise, so auch im Fall des Wiener Juweliergehilfen Armin Weiss.¹⁰⁸ Weiss war im Juli 1938 illegal durch die Langen Erlen nach Basel geflohen und hatte eine Toleranzbewilligung erhalten. Nachdem er im Dezember 1939 in Liestal wegen Hausierens verhaftet worden war, beantragte die Basler Polizei seine Abschiebung. Weiss nehme

durch den Verstoß gegen das Arbeitsverbot den Schweizern Verdienst weg. Der zuständige Polizeibeamte argumentierte: «Unsere Soldaten, die in vielfacher Beziehung Opfer bringen müssen, stehen nicht an der Grenze, damit der Ausländer und Emigrant in ihrem Schutze tut, was er will und dem Profit nachjagt. [...]. Es ist nötig, dass wieder einmal ein Exempel statuiert wird zur Abschreckung solcher Emigranten, die glauben, es könne ihnen bei aller Frechheit nichts passieren!»¹⁰⁹ Mit rotem Farbstift signierte Brechbühl «Einverstanden». Wenige Stunden später versuchte Weiss, sich in seiner Zelle im Badischen Bahnhof der Ausschaffung durch einen Suizid zu entziehen – erfolglos. Der diensthabende Grenzarzt verband seine Wunde, die Beamten kassierten drei Franken für die Reinigung der Zelle, danach vollzogen sie die Ausschaffung. Nach heftiger Kritik aus seiner eigenen Partei, der SP, liess Brechbühl in den kommenden Wochen Nachforschungen über den Verbleib von Weiss anstellen. 1940 erhielt er schliesslich eine Antwort aus Deutschland: Armin Weiss sei im Frühjahr an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Unterlagen aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen bestätigten den Tod von Weiss am 16. März 1940.¹¹⁰

Nach diesem Vorfall ordneten die Basler Behörden keine Abschiebungen von jüdischen Flüchtlingen mehr an. Brechbühl nutzte seinen Handlungsspielraum nach Möglichkeit aus: Wer an der Grenze erwischt wurde, musste zurückgewiesen werden. Doch wem es gelang, bis in die Stadt zu kommen oder jemanden mit Einfluss zu benachrichtigen, erhielt die Bewilligung für einen vorübergehenden Aufenthalt.

Als das NS-Regime 1942 mit der systematischen Vernichtung der Juden begann und eine Massenflucht einsetzte, beschloss der Bundesrat, die Grenzsperrungen rigoros durchzusetzen und Juden und Jüdinnen auch weiterhin nicht als Flüchtlinge anzuerkennen. Gleichzeitig machten die deutschen Behörden die Landesgrenzen zu Basel mit einem Stacheldraht unüberwindbar. Einzig der Bereich der Eisernen Hand, ein rund 3,5 Kilometer langer, fast komplett bewaldeter Grenzstreifen bei Riehen, der die beiden deutschen Gemeinden Lörrach-Stetten und Inzlingen trennt, blieb ausgespart. Hier gelangten, trotz strenger Bewachung, vereinzelt Flüchtlinge in die Schweiz.¹¹¹

Grosszügiger verhielten sich die Behörden, wenn es sich bei den Geflüchteten um angesehene Persönlichkeiten handelte, wie etwa den späteren italienischen Staatspräsidenten Luigi Einaudi. Einaudi, 1943 aus Turin geflüchtet, lebte knapp zwei Jahre in Basel, wo man den liberalen Ökonomeprofessor mit offenen Armen empfing.¹¹² Prominente aus Wirtschaft und Politik luden ihn ein, und die Universität organisierte eine Vortragsreihe, welche die Regierung grosszügig finanzierte.¹¹³ Der Regierungsrat empfahl der Fremdenpolizei, in Fällen wie jenem von Einaudi

«mit einem gewissen Fingerspitzengefühl» vorzugehen und zu prüfen, ob es nicht angemessener sei, «gewissen Ausländern den Aufenthaltsausweis ohne die einschränkenden Bestimmungen des besonderen Flüchtlingsregimes auszuhändigen».¹¹⁴

In einzelnen Fällen konnte ein Bleiberecht auch durch die Zahlung einer Kautions erwirkt werden. Die Basler Jüdin Rose Weill-Bollag beispielsweise hatte nach der Heirat mit einem Franzosen ihre schweizerische Staatsbürgerschaft verloren. Gemeinsam mit ihrem Ehemann lebte sie in Colmar. Weills Angehörige in Basel versuchten nach Ausbruch des Kriegs mehrfach, die Eheleute und ihren kleinen Sohn nach Basel zu holen. Nach zahllosen Anträgen konnte die Familie Weill-Bollag tatsächlich in Basel bleiben. Ausschlaggebend dafür war nicht nur die Zahlung einer hohen Kautions, sondern insbesondere die Tatsache, dass glaubhaft versichert werden konnte, dass die Familie nach Kriegsende wieder nach Frankreich zurückkehren wollte.¹¹⁵ Schweizer Jüdinnen mit deutschen Ehemännern wurde diese Ausnahme in der Regel nicht gewährt. Selbst als sie durch das deutsche Reichsbürgergesetz 1941 ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren, verweigerte ihnen die Schweizer Regierung weiterhin das Schweizer Bürgerrecht. Nicht wenige von ihnen wurden in einem Konzentrationslager ermordet.¹¹⁶

Fluchthilfe und Unterstützung des jüdischen Widerstands

Da sich Bund und Kantone finanziell nur in geringem Umfang an den Lebenskosten der Zivilflüchtlinge beteiligten, sahen sich Organisationen wie der «Schweizerische Israelitische Gemeindebund» (SIG), die «Schweizerische Flüchtlingshilfe» oder die «Caritas» in der Pflicht.¹¹⁷ Sie übernahmen einen Grossteil der Kosten und halfen den Geflüchteten, die bürokratischen Hürden zu bewältigen.

Nach Kriegsbeginn beschloss der Bundesrat grundlegende Änderungen im Bereich der Flüchtlingsbetreuung.¹¹⁸ Zukünftig sollten «Emigranten» ebenso wie Militärflüchtlinge in Internierungslagern untergebracht werden. In diesen vom Bund finanzierten und vom Militär geführten Lagern wurden die Flüchtlinge zur körperlichen Arbeit angehalten, vor allem aber sollten sie von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden. In Basel entstand in Reaktion auf die Flüchtlingswelle vom Spätsommer 1942 ein Lager im Lohnhof, wo die Flüchtlinge nach dem Grenzübertritt gesammelt, versorgt und einvernommen wurden. Es folgte ein dreiwöchiger Aufenthalt im Quarantänelager an der Elisabethenstrasse. Danach wechselten sie in eine private Unterkunft oder in ein Auffanglager ausserhalb von Basel.¹¹⁹



19 Jüdische Flüchtlinge vor dem Sommercasino, 1939/40. — Ab August 1938 stellten die Behörden der «Israelitischen Flüchtlingshilfe» ein Haus am Schützengraben 34 zur Verfügung, wo ein Massenlager für die Flüchtlinge eingerichtet wurde. Da die bestehenden Einrichtungen bald zu klein waren, siedelten die männlichen

Flüchtlinge ins Sommercasino über. Für die Frauen organisierte der Verein «Freundinnen junger Mädchen» ein Haus an der Hammerstrasse 39. Auch die bei Privatleuten wohnenden Flüchtlinge wurden im Sommercasino gepflegt. Auf dem Bild zu sehen ist der tägliche Appell vor dem Sommercasino um 1940.

Insbesondere in der jüdischen Gemeinde gab es zahlreiche Private, die sich für die Flüchtlinge einsetzten. Der Anwalt Marcus Cohn, ein international gut vernetzter Zionist, vermittelte beispielsweise von seiner Kanzlei an der Austrasse 16 aus Aufenthaltsbewilligungen für Juden in der Schweiz und Weiterreisen nach Palästina und Südamerika.¹²⁰ Der 1939 erst neunzehnjährige Heini Bornstein verhalf im Auftrag der zionistischen Jugendorganisation «Haschomer Hazair» von Basel aus bedrohten Jüdinnen und Juden zur Flucht. Zudem unterstützte er jüdische Untergrundorganisationen in den von Deutschland besetzten Gebieten in ihrem bewaffneten Widerstand.¹²¹ Von der elterlichen Wohnung in der Türkheimerstrasse aus baute er Kontakte zu den Widerstandsorganisationen und Kampfgruppen auf und versorgte sie mit Geld, Waffen und Medikamenten.



20 Kinder aus Mulhouse bei der
Ankunft in Basel am 5. Januar 1945.
Foto: Hans Staub, 1945.

Zwischen 1934 und 1939 ermöglichte die von Georgine Gerhard gegründete Sektion Basel des «Schweizerischen Hilfswerks für Emigrantenkinder» Kindern jüdischer Eltern, die aus Deutschland nach Frankreich geflohen waren, einen mehrmonatigen Erholungsurlaub bei einer Schweizer Pflegefamilie. Unterstützt wurde Gerhard von Mathilde Paravicini, die bereits während des Ersten Weltkriegs in der Flüchtlingshilfe gearbeitet hatte. Gerhard konnte 1938 bei der Eidgenössischen Fremdenpolizei die Aufnahme von 300 Kindern aus einem jüdischen Waisenhaus aus Frankfurt am Main erwirken. Ab 1940 schloss die Eidgenössische Fremdenpolizei jüdische Kinder jedoch explizit von diesen Erholungsurlauben aus.¹²²

Als sich die Alliierten im September 1944 der Basler Grenze näherten, kamen täglich Hunderte von französischen Kindern, teilweise auch Frauen, für die Dauer der Kämpfe nach Basel. Für sie wurde eine Massenunterkunft in der Mustermesse eingerichtet. Auch die Einwohnerinnen und Einwohner von Haltingen und Friedlingen flohen vor den Kämpfen nach Basel, während man sich im Kleinbasel auf eine Evakuierung vorbereitete. Ende Januar 1945 beruhigte sich die Lage, die Zivilflüchtlinge konnten in ihre Gemeinden zurückkehren.

Frieden! Ein Neuanfang zwischen Versöhnung und Vergeltung

Nach der Landung der Alliierten in der Normandie und in der Provence näherten sich die Kämpfe im Herbst 1944 wiederum der Schweizer West- und Nordgrenze. In Basel fürchtete man Grenzverletzungen durch die zügig voranrückenden Alliierten, sodass im September die Grenzwachtruppen verstärkt wurden. Die Stadt glich mit einer Truppenbelegung von gut 37 000 Soldaten erneut einer Festung. Alliierte Fliegerstaffeln bombardierten nun auch die Grenzgemeinden auf deutscher Seite intensiv, darunter zahlreiche Fabriken, aber auch Infrastrukturbauten wie das Stauwehr in Kembs.¹²³ Im November 1944 wehte erstmals wieder die ›Tricolore‹ auf dem Rathaus von St. Louis, und erste deutsche Truppeneinheiten desertierten über die Grenze bei Basel. Im Februar 1945 war das Elsass wieder französisch.

Als am 8. Mai 1945 der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging, läuteten in Basel die Kirchenglocken, und es kam zu lauten Siegesfeiern und Verbrüderungen mit den französischen Nachbarn. In den folgenden Wochen leistete die Basler Bevölkerung tatkräftig Hilfe beim Wiederaufbau der durch die Kämpfe zerstörten Städte und Dörfer im Elsass. Bereits im Februar 1945 hatte die Basler Sektion des katholischen Hilfswerk Caritas auch eine Hilfsaktion im katholischen Freiburg im Breisgau gestartet. Diese Wiederaufbauhilfe in Deutschland stiess in Basel aber auch auf Kritik, insbesondere bei den Sozialdemokraten. Die konfessionellen Hilfswerke standen in Konkurrenz zu den politischen, die in der Nachkriegshilfe auch eine Möglichkeit der politischen Mobilisierung sahen.¹²⁴

Das Ende des nationalsozialistischen Deutschlands bedeutete auch das Ende der NSDAP in der Schweiz: Am 1. Mai 1945 beschloss der Bundesrat, alle nationalsozialistischen Organisationen in der Schweiz zu verbieten. Eine Woche später durchsuchte die Politische Polizei in Basel das ›Deutsche Heim‹ sowie achtzehn Privatwohnungen von NS-Funktionären.¹²⁵ Mit der Auflösung der NS-Organisationen wurden in der Presse und der Politik Stimmen laut, die eine «politische Säuberung» forderten: Ausländerinnen und Ausländer, die sich in der Schweiz einer nationalsozialistischen oder faschistischen Organisation angeschlossen hatten, sollten des Landes verwiesen werden.¹²⁶

Im weiteren Verlauf der hitzig geführten Debatte geriet die «nazifreundliche Haltung» des Bundesrates zunehmend in die Kritik, auch in Basel. Die unter politischem Druck entstandenen Gutachten, in Basel der «Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren sowie die Säuberungsaktion nach Kriegsschluss» aus dem Jahr 1946, zeugen

von der Brisanz der Diskussion. In seinem Bericht ging der Regierungsrat detailliert auf die Wegweisungspraxis von Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen in Basel ein. Die sogenannte «Nazi-Puzete» führte in Basel schliesslich zu 179 Ausweisungsentscheidungen von Einzelpersonen und 279 Familienangehörigen, von denen allerdings nur rund die Hälfte tatsächlich ausreisen musste.

Kalter Krieg: Antikommunismus, Dekolonisierung und eine neue Friedensbewegung

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zeichneten sich durch eine bis in die 1970er-Jahre dauernde wirtschaftliche Wachstumsphase aus, von der auch viele Baslerinnen und Basler profitieren konnten. Der Anstieg der Reallöhne eröffnete neue Konsumspielräume für immer mehr Menschen. Gut nachvollziehbar ist dies an der Neuausrichtung der MUBA als nationaler Konsumgüterschau, die nach Kriegsende fast jährlich einen neuen Besucherrekord verzeichnete. Doch die freudige Aussicht auf einen weiterhin steigenden Lebensstandard kontrastierte mit einer rasch einsetzenden Angst vor der Atombombe, dem Kommunismus und einem alles vernichtenden Dritten Weltkrieg. Die internationale politische Lage war unübersichtlich und von Konflikten gekennzeichnet. Die globalpolitischen Themen wie der Kalte Krieg, die Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien und die Entwicklung der Atomtechnologie hinterliessen auch auf lokaler Ebene ihre Spuren und prägten politische und wirtschaftliche Entscheidungen. Fanden die beiden vorangehenden Kriege unmittelbar vor Basels Haustür statt, so war der Kalte Krieg für die Basler und Baslerinnen abstrakt: Die Bedrohungslage war eine andere geworden.

Der Ost-West-Konflikt verschärft sich, Antikommunismus und Staatsschutz erstarken

Im Februar 1948 markierte die Vereidigung einer kommunistisch dominierten Regierung in der Tschechoslowakei eine politische Wende. Die kommunistische Machtübernahme in Prag löste auch in Basel heftige Reaktionen aus. Die 1944 als Partei der Arbeit (PdA) wiederauferstandenen Kommunisten organisierten eine

öffentliche Kundgebung, verschickten Solidaritätsgrüsse an die neuen Machthaber und feierten im «Vorwärts» den «grosse[n] Sieg des tschechoslowakischen Volkes» als Ansporn für alle, «die im Kampf gegen das Trustkapital und die Kriegstreiber stehen».127 Bürgerliche und sozialdemokratische Politiker hingegen reagierten empört, ebenso weite Teile der Bevölkerung. Die sich erst im Aufbau befindende Zusammenarbeit innerhalb der Basler Linken war mit dem «Prager Umsturz» bereits wieder zu Ende.

In den folgenden Jahren verhärtete sich der Gegensatz zwischen Ost und West Schritt für Schritt. Schlüsselmomente wie der Konflikt zwischen dem jugoslawischen Machthaber Tito und Stalin 1948, die Teilung Deutschlands 1949, der Koreakrieg 1950 oder der Aufstand in der DDR 1953 radikalisierten die PdA in Basel. Sie schloss wiederholt nicht-linientreue Mitglieder aus, 1949 mit Carl Miville gar den eigenen Regierungsrat. Auf der anderen Seite verschärfte sich die antikommunistische Reaktion, gerade auch von gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Seite: Es kam zu Einschüchterungen, disziplinarischen Massnahmen und Entlassungen aus dem Staatsdienst, der Privatwirtschaft und aus Vereinen – oft aus gering-

21 Auszug aus der Fiche von Alfred Rasser, 1954. — Die Karikatur aus dem «Bund» von 1954 zeigt Alfred Rasser in seiner Paraderolle des «Läppli» nach seiner Chinareise. Der Artikel befindet sich in der Staatsschutzfiche der Schweizerischen Bundesanwaltschaft über den Basler Schauspieler.



Eine Abhörablage im Restaurant Rebhaus

Der zunehmende Antikommunismus verlieh auch dem Staatsschutz eine neue Legitimation.¹²⁸ Die bis zu 30 Mitarbeitenden des Basler Spezialdienstes konzentrierten sich nach 1948 primär auf die Überwachung von kommunistischen Tätigkeiten: Sie erstellten Verdächtigenlisten und überwachten Einzelpersonen, Parteilokale und Treffpunkte. Den schweizweit grössten Spezialdienst legitimierten die Verantwortlichen mit der in Basel sehr starken PdA sowie mit dem Umstand, dass die Grenzstadt von Spionage und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kommunistischer Funktionäre besonders stark bedroht sei.¹²⁹

In den 1950er-Jahren kam es zu regelrechten Spitzelaktionen: Eine «Photoreportage» in den Akten der Politischen Polizei dokumentiert den im Januar 1958 vorgenommenen Einbau einer Abhöranlage im Kleinbasler Restaurant «Rebhaus», einem der zentralen Versammlungslokale

der PdA. Beschrieben sind die technischen Details von Mikrofonen, Verstärkern und Schaltungen, rote Linien zeigen den exakten Verlauf der unter Putz verlegten Kabel an. Die kurz gehaltenen Bildunterschriften erläutern die technischen Details der Anlagen; Markennamen der Mikrofone und Tonbandgeräte werden genannt. Im zweiten Teil sieht man die Beamten in Aktion, zunächst beim Abhören, dann im Büro beim Erstellen von Abschriften. In einem kurzen Bericht am Schluss wird bemerkt, die Inhaber des Restaurants seien nicht über die Abhöranlage informiert gewesen. Mittlerweile sei sie ausser Betrieb genommen worden, die letzte Abhörung sei im November 1967 erfolgt. Die PdA nutze das Rebhaus nicht mehr als Versammlungslokal. Warum diese Reportage erstellt wurde, lässt sich nicht eruieren, unverkennbar aber ist die Begeisterung für die technischen Möglichkeiten und den versteckten Einbau.¹³⁰



22|23 Abhöranlage im Restaurant Rebhaus, installiert und betrieben vom Basler Spezialdienst, 1958.

fügigen Anlässen. Auch der Schauspieler Alfred Rasser bekam die veränderten politischen Rahmenbedingungen zu spüren. Der vielgeliebte ‹HD Lämppli› war bereits im März 1943 wegen «etwas deplacierte[n] Pointen in bezug [sic!] auf fremde Staatsoberhäupter (Hitler)» von der Politischen Polizei Basel zu einem Gespräch vorgeladen worden. 1954 dann, nach einer von der sozialistischen Vereinigung ‹Kultur und Volk› organisierten Chinareise, verlor Rasser zahlreiche Engagements, insbesondere wurde ihm seine Stelle beim Radiostudio Basel gekündigt.¹³¹

Nach der brutalen Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn im November 1956 durch sowjetische Truppen erreichte die antikommunistische Empörung einen neuen Höhepunkt. Der sozialdemokratische Grossrat und Gewerkschaftssekretär Helmut Hubacher rief in der ‹Arbeiter-Zeitung› dazu auf, «diese ferngesteuerten Marionetten aus Moskau» aus der demokratischen Gesellschaft auszustossen.¹³² In den folgenden Monaten kamen rund 12 000 ungarische Flüchtlinge in die Schweiz. Sie wurden als Symbol für den Kampf gegen den Staatskommunismus und den totalitären Machtanspruch der Sowjetunion mit offenen Armen empfangen. Viele Familien nahmen freiwillig ungarische Flüchtlinge bei sich auf. Im Gegensatz zu den Flüchtlingen vor und während des Zweiten Weltkriegs wurde den Ungarinnen und Ungarn kein Arbeitsverbot auferlegt, und auch an Schulen und Universitäten waren sie ohne Einschränkungen zugelassen. Erstmals seit 1918 praktizierte die offizielle Schweiz eine Flüchtlingshilfe, die nicht von Fremdenfeindlichkeit dominiert war.

Nach der Kolonialisierung die Entwicklungshilfe:

Zwei Basler Institutionen und ihr Umgang mit der Dekolonisierung

Das Ende des Zweiten Weltkriegs gab den Unabhängigkeitsbestrebungen in den Kolonien neuen Auftrieb, was in Basel, das auf vielfältige Weise mit der europäischen Kolonialgeschichte verbunden war, unmittelbar spürbar wurde. Zum einen pflegten die Unternehmen der Handels- und Industriestadt Basel traditionellerweise enge und für den wirtschaftlichen Erfolg zentrale Beziehungen mit den Kolonien.¹³³ Zum andern hatte die Basler Mission, eine der weltweit grössten Missionsgesellschaften, die Kolonialisierung begleitet, etwa 1885, als Deutschland das Gebiet des heutigen Kameruns beanspruchte. Damals übernahm die eng mit Deutschland verbundene Basler Mission in Deutsch-Kamerun den Betrieb der vormals englischen ‹Baptist Missionary Society›. Die Kooperation mit der Deutschen Kolonialverwaltung war zwar nicht frei von Konflikten, und eigentlich betonte die Basler Mission im Streben nach einem übernationalen Reich Gottes



24 Blutspenden für Ungarn in der Aula der Universität Basel. Foto: Hans Bertolf, 1956. — Die Solidaritätsbekundungen für Ungarn im November 1956 waren beinahe grenzenlos. Es gab Fackelzüge, Schweigemärsche, Vorträge und Gottesdienste. Beim Sammeln von Spenden übertraf die Schweizer Bevölkerung alle anderen Länder: Neben Geld- und Sachspenden konnte im November 1956 in der Aula der Basler Uni-

versität gar Blut gespendet werden. Gemeinsam mit dem Schweizerischen Roten Kreuz organisierte die Basler Studentenschaft eine Blutspendenaktion für Ungarn, an der rund 1000 Studentinnen und Studenten sowie Angestellte der Sandoz teilnahmen. Die Aula wurde für einen Tag zum Lazarett mit 42 Betten umgebaut, um dem Ansturm gerecht zu werden (Basler Nachrichten, 23.11.1956; National-Zeitung, 25.11.1956).

ihren unpolitischen Charakter. Zugleich aber erweiterte sie ihr kamerunisches Missionsgebiet im Sinne der politischen Interessen der deutschen Kolonialverwaltung.¹³⁴

Nach dem Ersten Weltkrieg, als die politische Nähe zu Deutschland zum Verlust fast aller Basler Missionsgebiete geführt hatte, musste sich die Basler Mission neu positionieren. Sie tat dies als Schweizer Missionsgesellschaft, die sich, nun politisch dezidiert neutral und ohne eigene aussenpolitische Agenda, auch in die Strukturen der britischen und französischen Kolonialmächte zu integrieren wusste. Als sich die Basler Mission nach dem Zweiten Weltkrieg erneut in den sich verändernden politischen Strukturen verorten musste, profitierte sie wiederum davon, dass sie als Schweizer Organisation ohne koloniale Vergangenheit eine bevorzugte Partnerin der neuen Nationalstaaten war.¹³⁵

Das Ende des Kolonialismus bedeutete somit nicht das Ende der Basler Mission: Es wurden neue Missionsstationen aufgebaut, die ab den 1960er-Jahren zunehmend im Kontext der neu entstehenden Entwicklungshilfe standen. Ein Beispiel dafür ist die 1959 neu gegründete Missionsstation in Gavva, einem kleinen Dorf im Grenzgebiet zwischen Nordkamerun und Nordnigeria.¹³⁶ Auf die Region aufmerksam geworden war man dank einer Expedition, die der Reiseschriftsteller René Gardi gemeinsam mit dem Ethnologen Paul Hinderling im Auftrag des Basler Völkerkundemuseums 1953 durchgeführt hatte.¹³⁷ 1957 bewilligte die britische Kolonialbehörde eine Missionsstation mit integriertem Spital und einer Schule. Die bevorstehende Unabhängigkeit Kameruns erschwerte die Umsetzung, da die lokalen Partner in die Entscheidungen miteinbezogen werden wollten. Dennoch schaffte es die Basler Mission, das Projekt voranzutreiben, auch als die Region nur zwei Jahre später durch eine Volksabstimmung Teil des nigerianischen Staates wurde. Ausschlaggebend war neben der Integration der Station in die nigerianische Kirchenorganisation ihr Ausbau zu einem lokalen Gesundheits- und einem landwirtschaftlichen Beratungszentrum.¹³⁸ Auf ähnliche Weise navigierten sich auch die Verantwortlichen des Schweizerischen Tropeninstituts (STI) über die Schwelle der Dekolonisierung. Diese Basler Institution war während des Zweiten Weltkriegs als Arbeitsbeschaffungsmassnahme gegründet worden mit dem Ziel, junge Berufsleute auf eine Auswanderung und die Berufstätigkeit in den Kolonien vorzubereiten. Das Projekt wurde seit der Gründung von der Universität getragen und von den Basler Pharmafirmen finanziell unterstützt. Auch die offizielle Schweiz hatte grosses Interesse an einem guten Fortkommen des STI: Sie sah darin die Möglichkeit, sich aus der kriegsbedingten wirtschaftlichen Isolation zu befreien und das Ansehen der Schweizer

Wirtschaft, welches durch die engen Verbindungen zum nationalsozialistischen Deutschland schwer gelitten hatte, aufzubessern. Unter der Leitung des Zoologen und Firmenerben Rudolf Geigy entstanden in Basel zunächst verschiedene Ausbildungsgänge für Auswanderinnen und Tropenmediziner. 1951 gründete Geigy in Ifakara, Tansania, Feldlabore für seine eigenen Forschungen. Das STI war bereits bei seiner Gründung von den Kolonialmächten als Institution eines neutralen Staates anerkannt worden. Von diesem Status profitierte es noch einmal, als Tansania 1961 unabhängig wurde. Der Standort des Labors in der ländlichen Peripherie war zudem ganz im Sinne der neuen tansanischen Regierung unter Julius Nyerere, die eine Verbesserung der Gesundheit, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, als zentralen Faktor für die Entwicklung der neuen tansanischen Nation definiert hatte. Mit der Unabhängigkeit wandelte sich auch das STI von einer reinen Forschungsanstalt zu einer aktiven Entwicklungshilfeorganisation. In Ifakara wurden nun nicht mehr Schweizerinnen und Schweizer, sondern primär Tansanier ausgebildet.

Das Projekt des STI in Ifakara zeigt eindrücklich, in welcher politischen Gemengelage sich die Schweizer Entwicklungshilfe zu diesem Zeitpunkt befand. Während das STI mit dem Projekt in Ifakara internationale Forschungskoope-ration suchte und Entwicklungshilfe vor Ort leisten wollte, sah die Basler Industrie, ab 1960 über die ‹Basler Stiftung zur Förderung von Entwicklungsländern›, in ihrem Engagement eine Möglichkeit, neue Märkte zu erschliessen. Für die offizielle Schweiz wiederum wurde die Entwicklungshilfe zu einem wichtigen Instrument der Aussenpolitik und zu einer effizienten ideologischen Waffe im Rahmen der westlichen Politik des Kalten Kriegs.¹³⁹ Man wollte so sicherstellen, dass die neugegründeten Staaten nicht den vermeintlichen Verheissungen des Kommunismus erlagen.

Atomare Gefahr und neue Friedenshoffnung:

Die Zivilgesellschaft bricht auf

Im Oktober 1962 hielt die Welt voller Angst den Atem an: In den vergangenen Monaten hatte sich in der Karibik eine Krise zusammengebraut, die einen dritten, atomaren Weltkrieg fast unausweichlich erscheinen liess. Die Baslerinnen und Basler tätigten aus Furcht vor einem sowjetischen Atomschlag Hamsterkäufe. Mit der Kubakrise war die Kriegsgefahr wieder mitten in Basel angekommen. Der Chronist des Stadtbuchs diagnostizierte nichts weniger als «eine gewisse Kriegspsychose».¹⁴⁰ Das atomare Wettrüsten hatte seinen Höhepunkt erreicht und seinen



25 Der Ostermarsch nach Basel, April 1965.

Niederschlag auch in der Populärkultur gefunden: Ebenso regelmässig wie fiktiv rettet der Superspion James Bond seither auf der Kinoleinwand die Welt vor einem atomaren Vernichtungsschlag, 1963 erstmals auch in Basel.

Dass in einem solchen Krieg auch die Schweiz nicht verschont bleiben würde, war offenkundig. Bereits 1958 hatten Bundesrat und Parlament die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee bewilligt, nachdem diese Möglichkeit jahrelang unter grösster Geheimhaltung ausgelotet worden war. 1961, als sich das Schweizer Parlament für die Beschaffung eines atomwaffenfähigen Kampfflugzeuges aussprach, formierte sich eine neue breite Friedensbewegung aus kirchlichen, wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Kreisen.¹⁴¹ Die Kubakrise klang zwar wieder ab und die Katastrophe blieb aus. In der westlichen Gesellschaft hatte die erlebte Gefahrenlage jedoch einen gewaltigen Nachhall und eine internationale Protestbewegung zur Folge. Dazu gehörte auch die «Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung». Sie war in Basel mit einer einflussreichen kantonalen Sektion vertreten und organisierte 1965 den ersten Ostermarsch in der Deutschschweiz.¹⁴² In Olten brachen 600 Atomwaffengegnerinnen und -gegner Richtung Basel auf. Nach der zweitägigen Wanderung versammelten sich die mittlerweile rund 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eben dem Münsterplatz, der schon 1912 Tausende von Männern, Frauen und Kindern aufgenommen hatte, die auf Frieden hofften. Wieder wurden Reden gehalten – diesmal forderten die Teilnehmenden den Verzicht auf Atomwaffen und skandierten Parolen wie «Lieber heute

26 Protestaktion vor dem US-Konsulat in Basel. Foto: Hans Bertolf, 1966. —

Der Protest gegen den Vietnamkrieg wurde eines der Hauptanliegen der Studentenbewegung in den USA und Westeuropa. Damit gewann die Antikriegsbewegung erstmals seit 1945 wieder eine internationale gesellschaftliche Relevanz. Auch in Basel stand die Solidarität mit dem Befreiungskampf der «Kommunistischen Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams» für den Kampf gegen das politische Establishment und war zentral für die Definition einer neuen politischen Identität. Am 9. März 1966 demonstrierten zwei Studenten, ein Basler und ein Amerikaner, vor dem US-Konsulat an der Freien Strasse gegen den Vietnam-Krieg (National-Zeitung, 10.03.1966).



aktiv als morgen radioaktiv». Auch wenn im Ostermarsch von 1965 damit ein friedenspolitisches Echo aus der Vergangenheit anklang, so kündete er zugleich von etwas Neuem: Der Protest gegen die atomare Bedrohung erwies sich als Vorbote jener neuen sozialen Bewegungen, die in den folgenden Jahrzehnten das Geschehen auch in der Stadt Basel prägen sollten.

Anmerkungen

- 1 Die Ansprachen vom 24.11.1912 sind abgedruckt in: «Der internationale Sozialistenkongress in Basel», in: Der Grütliauer, 26.11.1912.
- 2 Zum Basler Friedenskongress vgl. Degen; Haumann; Mäder u. a. 2012; Mayoraz; Mäder; Schenk 2015.
- 3 Ragaz 1912, S. 462.
- 4 Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 26–27.
- 5 Wecker 2015, S. 42.
- 6 StABS, Bauacten CC 121, Neues Zeughaus, 1904–1926.
- 7 Jaun 2014, S. 129–131.
- 8 Simon 1991.
- 9 Labhardt 2014, S. 25.
- 10 «Die Personen der Wohnbevölkerung des Kantons Basel-Stadt nach Geschlecht, Zivilstand, Konfession und Heimat 1920 und 1910», in: StatJB, 1921, S. 20–21.
- 11 Rueb 1975, S. 12–13.
- 12 Zur «Graben»-Problematik vgl. Meier-Kern 1988; Elsig 2014; Clavien 2014.
- 13 Schweizerisches Bundesblatt, 66. Jg., 16.12.1914, Band IV, S. 713.
- 14 Spitteler 1918.
- 15 Zum Ersten Weltkrieg in der Region Basel und in der Schweiz vgl. Buomberger; Kury; Rossfeld 2014; Labhardt 2014; Moehring 2014; Kreis 2014; Eisen; Neisen 2015.
- 16 «Der österreichisch-serbische Konflikt. Russlands Einmischung», in: NZ, 26.07.1914.
- 17 Tréfás 2014.
- 18 StABS, PA 1143 B, Eintrag vom 01. August 1914.
- 19 Manz 2004; Labhardt 2014, S. 39; Huber 2018.
- 20 StABS, PA 743 A 1 1.1, Zum Kriegsausbruch anno 1914 und weiter, Basel 1919.
- 21 Labhardt 2014, S. 100–106 und 125–127.
- 22 BM Archives, E-04.1.1.
- 23 Schürer 2015, S. 126.
- 24 Huber 2018, S. 111–154; Schneider 2014.
- 25 «Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt nach Heimat und Konfession», in: StatJB, 1921, S. 14–15.
- 26 Kury 2003; Kury 2014.
- 27 Labhardt 2014, S. 142–188.
- 28 Clavel 1918.
- 29 Gerber 2017, S. 445–479.
- 30 Zur Versorgungssituation vgl. Labhardt 2014, S. 67–94 und 189–249; Meier 2020.
- 31 StABS, Protokolle: Regierungsrat 288, 24.11.1917, S. 916–917.
- 32 StABS, PA 1143 B, Eintrag vom 14. Juni 1917.
- 33 Gehringer 2015; Heinrichs 2004.
- 34 StABS, PA 1143 B, Eintrag vom 28. Juni 1919.
- 35 Kury 2018, S. 394.
- 36 Tscherrig 2016, S. 67.
- 37 Ebd., S. 117–130.
- 38 StABS, Sanität Q 3.3, diverse Plakate und Flugblätter.
- 39 Sonderegger 1991, S. 41 und 103–105.
- 40 Braunschweig 2014, S. 154–164.
- 41 StABS, Fremde Staaten, Elsass 1.
- 42 Gerber 2007, S. 21.
- 43 Moos 2014, S. 234–237; Moos 2001.
- 44 Thalmann 1974, S. 14.
- 45 Zum Schweizerischen Landesstreik 1918 vgl. Grieder 1969; Koller; Studer; Rossfeld 2018; Gautschi 2018; Jost 2018.
- 46 Vgl. Thüer 2010.
- 47 Leuenberger 1969, S. 176.
- 48 StABS, Handel und Gewerbe AA 24, Fasz. 6, Kommando der 5ten Division an den Basler Regierungsrat vom 03. August 1919.
- 49 StABS Protokolle: Grosser Rat 54, 07.08.1919, S. 541–545.
- 50 Zu den Biografien vgl. Schmid 1980; StABS, Politisches JJ 8, Civilstand N 1.44 (1919) und Nr. 1129; PD-REG 14a 1-1; Adressbuch der Stadt Basel aus dem Jahr 1919.
- 51 StABS, Politisches JJ 8.4, Schweizerischer Bundesrat an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt vom 28. Juli 1922.
- 52 Rudolf Steiner Archiv, LS GA 329 1: Vortragsnachschrift von Helene von Finck vom 02. April 1919.
- 53 Degen 1986, S. 109.
- 54 Zur Frontenbewegung in Basel vgl. Heini 2020; Wichers 1993; Bühler 2017.
- 55 Heini 2019.
- 56 StABS, DS BS 9 4254, Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtriebe in den Vorkriegs- und Kriegsjahren sowie die Säuberungsaktion nach Kriegsschluss, Basel 1946, S. 22.
- 57 Heini 2019, S. 53–53; Tréfás 2016, S. 54.
- 58 Zur NSDAP in Basel vgl. auch Hahn 2001; Heini 2020; Bucher 2021; Richers 2008.
- 59 Petry 2020, S. 76.
- 60 Hagmann 2022, S. 29; Zala 2014, S. 515.
- 61 Hahn 2001, S. 53–55.
- 62 BGE 65/106 Urteil vom 23.06.1939, Kompetenzkonflikt zwischen Bund und Kantonen i. S. Schweiz. Eidgenossenschaft gegen Kanton Basel-Stadt.
- 63 Tietz 2018, S. 309–311.
- 64 Spörri; Staubli; Tuchs Schmid 2019; Fivaz-Silbermann 2020; Stern, Daniel: «Martha Schwartz. Verhaftet, zu Tode gebracht, vergessen», in: Wochenzeitung, 08.09.2022.
- 65 Vgl. Redolfi 2019.
- 66 Schlageter, Yann: «Vergessen habe ich nie, überwunden schon», in: Basellandschaftliche Zeitung, 20.08.2022.
- 67 StABS, PA 925a B4-2-11, Paul Camenisch über die Ziele des Clubs, um 1937.
- 68 Zur Gruppe 33 vgl. Gruppe 33 1943; Christ 1983; Höfliger-Griesser 1983; Steininger 2020.
- 69 StABS, PA 925a B4-2-11, Brief von Paul Camenisch an die Mitglieder und Freunde der Künstlervereinigung 33 o. D., um 1942.
- 70 Wichers 1994a.
- 71 Kreis 1991; StABS, Politisches LL, Orientierungen des Organisationscomité in Basel über die lokalen Veranstaltungen, 1.–4.10.1932.
- 72 «Lobt das Werk seinen Meister?», in: NZ, 05.10.1932.
- 73 Bolliger 2010.
- 74 Vgl. Jaun 2019, S. 165–204.
- 75 StABS, Protokolle: Grosser Rat 62, 04.06.1936, S. 226, 18.06.1936, S. 236 und 14.10.1937, S. 465.
- 76 StABS, Protokolle: Grosser Rat 63, 14.09.1939, S. 211.
- 77 StABS, PA 1143 B, Eintrag vom 01. September 1939.
- 78 Senn 1991, S. 62 und 142.
- 79 Radioübertragung Vereidigung Henri Guisan vom 30. August 1939.
- 80 Zu Basel im Zweiten Weltkrieg vgl. Guth; Hunger 1989; Moser; Heini 2020; Grieder 1957.
- 81 Brückner 1989.
- 82 Walter 2021, S. 179; Jaun 2014, S. 211; Goepfert 1989, S. 15; Kreis 1976, S. 95–106.
- 83 Zum Frauenhilfsdienst vgl. Sokoloff 1989; Signer 2000; Stämpfli 2002.
- 84 Tietz 2018, S. 304–305.
- 85 Kreis 1976, S. 99.
- 86 Weissenberger 1989; Kreis 1999; Kury 2020, S. 129.
- 87 Bonjour 1984, S. 118–158.
- 88 Oehler 2021; Brückner 1989, S. 37.
- 89 Kury 2020, S. 129.
- 90 Hunger 1989.
- 91 Amstutz 1989.
- 92 StABS, DS BS 8 108-112, Verwaltungsberichte des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 1941 bis 1944, Bericht des Baudepartements, Anlagen, Wiesenwald und Kleingärten.
- 93 Zur Geistigen Landesverteidigung vgl. Mooser 1997; Tanner 1992; Moser 2020b.
- 94 Moser 2020b.
- 95 Mäusli 1995, S. 129.
- 96 Küschelm 2016; Tanner 2015, S. 200.
- 97 Mooser 1997; Tanner 1994.
- 98 Franc 2021, S. 120.
- 99 Stettler 1989; Straumann; Wildmann 2001; Moser 2020a.
- 100 Straumann; Wildmann 2001, S. 256–262.
- 101 Moser; Heini 2020, S. 146–149; Bühler 2017.
- 102 Bucher 2021, S. 327–330.

- 103 Koller 2020; Wichers 1994b.
- 104 Favez; Seemuller; Cerutti 1982, Dok. 275.
- 105 Ludwig 1957; Feldges 1989; Perrenoud u. a. 1999; Koller 2020.
- 106 Zur Basler Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs vgl. Wacker 1992; Sibold 1998; Sibold 2010; Seiler; Wacker 2013; Küsterling 2022, <https://doi.org/10.58079/vx9i>, abgerufen am 21.04.2024.
- 107 Picard 1994; Kreis 2000; Sibold 2010.
- 108 Wacker 1992, S. 183–186.
- 109 StABS, PD-REG 3a 30113, Schreiben des Chefs der kantonalen Fremdenpolizei Basel an den Regierungsrat Fritz Brechbühl vom 12. Dezember 1939.
- 110 Vgl. dazu: Yad Vashem: The Central Database of Shoah Victims' Names, <https://yvng.yadvashem.org>, abgerufen am 08.01.2023.
- 111 Seiler; Wacker 2013.
- 112 Einaudi 1994; Einaudi 1997.
- 113 StABS, ED-REG 1a 1 323, Universität Basel, Historisch-Philosophische Fakultät an das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt vom 31. Oktober 1944.
- 114 StABS, ED-REG 1a1 323, Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt vom 13. März 1945.
- 115 StABS, PD-REG 3a 35698, Weill-Bollag, Rose, Weill-Bollag, Paul, Weill, Jean-Pierre.
- 116 Spörri; Staubli; Tuchschnid 2019, S. 65.
- 117 Zur Flüchtlingshilfe insbesondere in Basel vgl. Picard 1994; Sibold 1998; Erlanger 2006; Heim 2017; Sibold 2002; Waeber 2006.
- 118 Langenegger 2019.
- 119 Erlanger 2008.
- 120 Häne 2019.
- 121 Bornstein 2015; Ringger 2008.
- 122 Vgl. Kanyar Becker 2017; Kanyar Becker 2010; Schmidlin 1999.
- 123 Neisen 2020, S. 267–272.
- 124 Pfister 2014, S. 82–100.
- 125 StABS, DS BS 9: 4254: Bericht des Regierungsrates über die Abwehr staatsfeindlicher Umtrieb in den Vorkriegs- und Kriegsjahren sowie die Säuberungsaktion nach Kriegsschluss vom 04. Juli 1946, S. 164 f.
- 126 Zu den Säuberungsaktionen vgl. Hahn 2001; Wichers 2021.
- 127 Stirnimann 1992, S. 384–402; «Basels Arbeiterschaft begrüsst das tschechische Volk», in: Basler Vorwärts, 01.03.1948.
- 128 Zum Staatsschutz in der Schweiz und insbesondere in Basel vgl. Kreis 1993; Loser 2011; Keller 1996; Hagmann 2022
- 129 Hagmann 2022, S. 29–33.
- 130 StABS, PD-REG 5a 1, 108-4-1 1958 Einbau Marktgasse und Riehentorstrasse.
- 131 StABS, PD-REG 5a 3, 1 2, Alfred Rasser.
- 132 Kreis 2016a.
- 133 Zur postkolonialen Schweiz vgl. David; Etemad; Schaufelbuehl 2005; Purtschert; Lüthi; Falk 2014.
- 134 Gründer 1982, S. 135–153.
- 135 Speich Chassé 2014; Purtschert; Lüthi; Falk 2014; Kreis 2015a.
- 136 Zum Anfang in Nordkamerun, in: Der Auftrag 4 (1/2) 1959, S. 2–4; Schöni, Werner: Grusswort zum Beginn der Neuarbeit in den Mandarabergen Nordkameruns, in: ebd. S. 4–5; Rudin, Peter: Besuch im Mandaragebiet (Nordkamerun), in: ebd. S. 5–14.
- 137 Fierz 2014; Museum der Kulturen Basel 2012.
- 138 Raaflaub 1965.
- 139 Speich Chassé 2014.
- 140 Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag vom 23. Oktober 1962.
- 141 Epple-Gass 1994.
- 142 Federer 2022, S. 221–235.

